

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeilen über deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Korbzetteln 20 Pfg. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt 1, No. 1508.
 Telegraf.-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 29. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Vom 1. April 1899 beginnt ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am Osterfesttag mit dem Abdruck eines spannenden, aber auch literarisch wertvollen Romans:

„Der Schuldige?“

Von Hector Malot.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3 Mark 30 Pfennigen

für die Monate April, Mai und Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1899 unter Nummer 7820.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Rußland.

Es sind jetzt 47 Jahre her, daß der russische Zar Nikolaus, der Urgroßvater des heutigen Nikolaus, zu dem englischen Gesandten das ominöse Wort von dem „kranken Mann“ sprach, den man von seinen Leiden erlösen müsse. Der „kranke Mann“ das war die Türkei. Zwei Kriege hat Rußland seitdem geführt, um die Leiden des „kranken Mannes“ abzulösen, und in beiden Kriegen hat „der kranke Mann“ militärisch wenigstens eine sehr bedeutende Lebenskraft bewiesen, während der „Arzt“ Rußland sich weit schwächer gezeigt hat, als seine Freunde erwarteten.

Und seit Zar Nikolaus jenes Wort aussprach, hat sich noch mehr als ein „kranker Mann“ in Europa gefunden — in der That so viele, daß man Europa für ein Lazareth halten könnte. Der „Deutsche Bund“ ist nach längerem Siechtum selig, oder unselig, verstorben — eines nicht ganz natürlichen Todes. Desgleichen verschiedene „kranke Männer“ in Italien. Der „kranke Mann“ in Spanien schwebt hoffnungslos zwischen Leben und Tod. Und Oesterreich ist eine zweite Türkei geworden — so krank, wie nur je der „kranke Mann“ am Goldenen Horn es gewesen. Von allen kranken Männern, die jetzt die Aufmerksamkeit der politischen Physiologie und Medizin beschäftigen, ist aber der kränkste das Reich, in welchem heute der Urentel des Zaren Nikolaus I. die dornenvolle und undankbare Rolle des Selbstherrschers spielt.

Fürwahr, ein „kranker Mann“ — dieses russische Zarenreich, daß nach Ansicht aller Reaktionen der europäischen Kulturstaaten der „letzte Gott“, das „letzte Bollwerk“ der bestehenden „Ordnung“ der Dinge ist — der festeste und sicherste Schutzwall gegen die vordringenden „Mächte des Umsturzes“. Daß insbesondere unsere preussischen Junker unter Friedrich Wilhelm III. und namentlich unter Friedrich Wilhelm IV. in dem Zaren den Obermonarch erblickten — den König der Könige, zu dem die deutschen Fürsten, den König von Preußen mit einbegriffen, in einem ähnlichen Verhältnis standen, wie wiewald die Hospodare der Moldau und Wallachei zu dem Sultan — das ist faßlich bekannt und niemals in Abrede gestellt, im Gegenteil von der — freilich erst 1848 gegründeten — „Kreuz-Zeitung“ und anderen Junkerblätter bei hundert Gelegenheiten mit rückhaltloser, sogar rühmrediger Offenheit ausgesprochen worden. Erst in den 70er Jahren trat eine Erkaltung ein, weil Rußland die Kornpreise drückte und den Profit der Junker verminderte — eine Todsünde, die diesen Edelsten der Nation mit ihrem realpolitischen Rimmer-satt-Ragen schwerer wiegt, als die ideal-reaktionärste Idealpolitik. Jetzt aber beginnt die alte Liebe zurückzukehren, und auch das Spägenhirn der Altkowström, Stumm, Mirbach, Kanitz und anderer blaublütigen Schmal-schädler beginnt einzusehen, daß es der Junker-Herrschaft in Deutschland an den Krügen geht, daß der mittelalterliche Herzenspud von der Sonne der Zivilisation weggeschwemmt wird, und daß man sich nach einem aliumum rotigum — einer letzten Zusage und Erlöse — umschauen muß. Und wo anders ist diese, wenn man nicht zu den afrikanischen Menschenfressern gehen will — wo anders als bei „Väterchen“?

Aber, aber — quis custodiet custodem? Wer beschützt den Schützer? Wer beschirmt den Schirmherrn? Der Schirmherr bedarf selber des Schirms, der Schützer des Schutzes. Und der Granitboden unter seinen Füßen wankt und zerbröckelt wie Thon. Es war doch richtig, das alte Wort von dem Niesen mit den thönernen Füßen. Und je mehr der Niese gewachsen ist, mit je mehr Raub er sich beladen hat, desto bröcklicher sind die thönernen Füße geworden. Von den „kranken Männern“ in Europa ist Rußland jetzt der kränkste. Ein kränkterer ist ebenfalls nicht da.

Der Absolutismus muß seiner Natur nach das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Er kann die Kritik nicht vertragen — kann nicht in einen Spiegel sehen, der ihm sein wahres Bild zeigt — muß sich abschließen gegen jeden Lichtstrahl — muß die Kritik erdrosseln, die Wahrheit in Ketten legen — muß leben von Lüge, der geschminkten und der ungeschminkten Lüge. Wie schwer es ist, über die Vorgänge und Zustände in Rußland wahrheitsgetreue Berichte zu erlangen, das haben wir schon wiederholt hervorgehoben, wenn wir vor den russischen Korrespondenzen warnten, die in den meisten Blättern zu finden sind. Der Zeitungs-korrespondent in Rußland hat entweder zu schreiben, wie die russische Regierung und Polizei es will und befiehlt — dann wird er nach Umständen sogar noch glänzend belohnt; oder er schreibt die Wahrheit, und dann winkt ihm Sibirien — wenn er der Polizei bekannt wird. Inbezug die Wahrheit ist ein merkwürdig zähes Ding, sie überlebt Gift, Dolch und den Galgen, und dem festesten Kerker kann sie entschlüpfen. Die dicksten Mauern und die hermetischste Grenzsperrre kann sie durchbrechen. Und so ist denn auch gelegentlich ein Stück Wahrheit aus Rußland herübergeflogen und uns auf den Redaktionstisch gefallen. Es steckt in einem zerknitterten Briefchen aus Seidenpapier, und in dem Briefchen, das übersetzt werden mußte, steht geschrieben:

Man hat das heutige Rußland häufig mit Frankreich vor der Revolution verglichen. Oberflächlich stimmt das. Aber nur oberflächlich. Die Kopfschmerzhaftigkeit der Regierung, die Blindheit für die Zeichen der Zeit, die grauenvolle Mißwirtschaft hinter vergoldeten bunten Theaterkulissen, die Fäulnis in allen Zweigen der Verwaltung, die tolle Vergeudung der Nationalkraft, die Fehrrüttung der Finanzen, das ständige und steigende Defizit — so weit die Regierung in Frage kommt, stimmt der Vergleich. Aber die andere Seite der Medaille ist anders — die Seite des Volkes. Alles anders, bis auf die Armut und das Elend. Und wie anders!

In dem Frankreich vor der Revolution war ein hochentwickeltes Bürgerthum, das auf der höchsten Höhe des geistigen Lebens stand, dessen Wortführer das geistige Leben der Welt, sogar der ihnen feindlichen herrschenden Klassen, den Hof mit eingeschlossen, beherrschten. Voltaire, Rousseau, die Encyclopädisten, Diderot, d'Alembert, Holbach — sie waren die Wortführer des Volkes, und hatten in ihrem Haupt schon vollentwickelt wie Pallas Athena in Jupiter's Haupt, die heranziehende Revolution. Die Revolution war schon fertig und reif, ehe die Bastille gestürmt ward. Und der Geist der Revolution, der aus jenen gewaltigen Männern des „Dritten Stands“ sprach, hatte das gesammte Volk durchdrungen, so daß die Revolution eigentlich nichts Neues brachte, nur die Erfüllung des lange in Gedanken Fertigen. In Rußland dagegen — wo ist das Volk? Haben wir überhaupt ein Volk? Wo sind unsere Voltaire, Diderot, Rousseau? Die paar Idealisten, die sich abmühen und verzehren in dem Versuch, die todte Masse des Volkes ins Leben, in Bewegung zu bringen, — sie vermögen nicht, ihre Ideen in die todte Masse hineinzuhauhen. Die todte Masse regt sich nicht. Das ist das Verzweifelte.

Fast im ganzen europäischen Rußland ist jetzt Nothstand, chronischer Nothstand. In 11 Gouvernements unter 68, also in einem Sechstel des europäischen Rußland, wüthet seit vier Jahren eine furchtbare Hungersnoth, die sich von Jahr zu Jahr ausdehnt. Die Regierung, die für die hungernden Indier sammeln ließ, läßt ihre hungernden „Untertanen“ ruhig verhungern. Und sie ver-hunarten ruhig. Stumm, stumpf, stumpsinnig sterben sie dahin, wie die Thiere, unter denen die Seuche wüthet, ohne Anklage, fast ohne Klage — ohne Jörn, ohne Ingrim, ohne zu ahnen, daß sie nicht die Opfer eines blinden Verhängnisses, sondern eines ungeheueren Verbrechens sind, begangen von einem Regierungssystem, das in frebler Selbstüberhebung sich für unfehlbar und allmächtig hält und den Zar hinstellt als den menschengewordenen Gott.

Unser Bürgerthum ist erst im Entstehen und ohne jegliche Bildung. Und das Industrie-Proletariat ist, bei dem niederen Stande unserer industriellen Entwicklung, auch erst embryonisch, in den Anfangsstadien vorhanden. Wir haben so gut wie kein geistiges Leben. Keine Volkserziehung. Die Mehrzahl der Kinder besuchen gar keine Schulen, und die Schulen, welche die Minderzahl besucht, sind miserabel. Auf unseren Universitäten sind in allem ungefähr 18000 Studenten — die Akademiker mitgerechnet — bei einer Bevölkerungszahl von 130 Millionen! Die meisten entstammen dem Kleinbürgerthum, einige (nicht viele) auch dem Bauernstand — die übrigen dem Adel und dem Beamtenthum. Für diese ist die Unversität die Vorstufe des Staatsdienstes, für die anderen ist das Studium in der Regel einfaches Brodstudium. Und wie für den russischen Staatsdienst erzogen wird, das kann man sich denken.

Man hat berechnet, in Frankreich seien es 17000 Menschen gewesen, welche vor 1789 die Massen in die Revolution getrieben haben. Die hervorragenden, führenden, drängenden Geister, die individuellen „Kraftzentren“ sind da gemeint. Gut, nehmen wir die Zahl hin. Siebzehntausend für 25 Millionen — die Bevölkerung des damaligen Frankreich. Und wir, wir haben 130 Millionen — über 5 Mal so viel. Und wie glücklich wären wir, hätten wir ein Fünftel so viel der führenden Geister und individuellen „Kraftmenschen“. Ach, er

stimmt nicht — der Vergleich mit dem Frankreich vor der Revolution.

Neben da einige Optimisten von unserem „wunderbaren materiellen Aufschwung“. Wenn es nur wahr wäre! Gemiß haben sich die Fabriken sehr vermehrt — aber im Verhältnis zur Größe des Reiches ist es verschwindend wenig. Das Gleiche gilt von den Eisenbahnen. Die ungeheure Mehrzahl des Volkes lebt so fern von den paar Eisenbahnen, daß es kaum einen Vortheil von ihnen hat. Sie sind ja auch bloß zu militärischen Zwecken gebaut, und, wie alles in Rußland, von betrügerischen Kontraktoren so erbärmlich gebaut, daß beständig umgebaut werden muß. Die große sibirische Bahn, dieses Weltwunder, mit dem wir so geprahlt haben, ist schon dermaßen verfallen, daß ein vollständiger Umbau, zum Theil Neubau notwendig ist. Die Schwellen saul, die Schienen zu schwach und „geflickt“. — Nichts blüht hier als der Schwindel und Betrug. Der allwissende und allmächtige Absolutismus kann nicht die einfachste nützliche Arbeit vollbringen, weil er das Ungeziefer nicht sieht, das alles Backsthum verhindert, alles Gute zu Schanden macht. Das persönliche Regiment will alles selbst sehen, selbst thun. Kein anderer soll sehen und etwas thun. Und da das persönliche Regiment nicht alles sehen und thun kann, so sieht es nichts und thut nichts, was gut ist und nöthig. Kein anderer soll sehen; das ist ein Eingriff in das Recht des allein sehenden Zaren. Niemand soll die Wahrheit sagen. Sie ist eine Verleumdung des allwissenden Zaren. Und der Zar wird von seinen Rathgebern angelogen und die Rathgeber werden angelogen. Einer belügt und betrügt den anderen. Und wer die Wahrheit sieht und sie sagt — der kommt nach Sibirien oder, wenn er hohe Protektion hat, wird er geistig oder gestrichelt: die Zensur erhält Ordre, nichts von ihm zu drucken, wie das in jüngster Zeit mehreren der tüchtigsten Männer der Wissenschaft widerfahren ist.

Unter Stumpfsinn, fatalistisches Vegetiren. Oben Jynismus und zum Theil auch Stumpfsinn. Dabel wird immer mehr vergewaltigt, wie jetzt das unglückliche Finland, und immer mehr „erobert“, während im Land die Kraft zu erobern und das Eroberte zu behalten und einzuberleben, immer mehr abnimmt. Der Zar soll persönlich es wohl meinen. Er ist aber in den Händen seiner Umgebung; und der Abrüstungsvorschlag, der für sein eigenes Werk ausgegeben wird, ist, seit er auf dem Tapet, der Gegenstand unauslöschlichen Gelächters in der „Gesellschaft“, das heißt der „vornehmen Welt“ — und das Volk weiß nichts davon.

Wie das enden soll? Am Vorabend einer Revolution wie der französischen stehen wir nicht. Das ist sicher. Vielleicht am Vorabend des Zerfalls, der ja auch eine Revolution ist. Die Auflösung hat schon angefangen — der Anfang vom Ende.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. März.

Untern neuesten Kurs.

Die Nichtaufnahme der Löttauer Bauarbeiter in der Rubrik „Untern neuesten Kurs“ und die Erklärung des Parteivorstandes wird in einem Theil der Parteipresse zum Gegenstand einer hochpolitischen, leidenschaftlichen Erörterung gemacht, die uns die Angelegenheit nicht zu verbieten scheint.

Was die Redaktion des „Vorwärts“ anlangt, so ist sie allerdings der Meinung, die sie schon früher ausgesprochen hat, daß die Aufnahme der vom Dresdener Schwurgericht verurtheilten Männer hätte erfolgen sollen, da kein zweites Urtheil so scharf die Kennzeichen des „neuesten Kurses“ zeigt, wie dieses. Das Recht scheint uns für die Entscheidung über die Aufnahme ausschlaggebend zu sein.

Wir billigen es durchaus, wenn der Parteivorstand auch äußerlich zum Ausdruck bringt, daß er die Arbeiterbewegung nicht mit Gefassen belassen will, die nicht direkt aus ihren Bestrebungen hervorgegangen sind, indessen die Löttauer Arbeiter sind zu jenen über alles Maß harten Strafen verurtheilt worden, weil wir eben „untern neuesten Kurse“ setzen, und deshalb war die Aufnahme dieses Prozesses in die Strafliste geboten.

Aus der Debatte wird unseres Erachtens eine prinzipielle Klärung darüber gewonnen werden, nach welchem Gesichtspunkt die Rubrik „Untern neuesten Kurs“ zusammengestellt werden soll. Mit keiner der Straftaten identifiziert sich die Partei, indem sie der Liste einverleibt werden; nur die Urtheile selbst sollen dadurch charakterisiert werden.

Die „Kreuz-Zeitung“ liest aus der Erklärung des Parteivorstandes die Angst vor einem schärferen Angefaßtwerden durch die Behörden heraus.

Der scharfe Kurs, den die Regierung gegen die sozialdemokratischen Heher eingeschlagen hat, beginnt seine Wirkung zu zeigen; die Arbeiter werden gewahrt, wohin sie durch die Agitatoren und „Parteibeamten“ getrieben werden, wie sie „bluten“ müssen, während die Heher selbst wohlgeborgen sich ihres Lebens freuen.

Als der sozialdemokratische Parteivorstand den Aufruf „an die Arbeiter Deutschlands“ erließ, um für die Löttauer „Opfer“ — thätig Opfer der sozialdemokratischen Klassenhege — zu sammeln, schrieb der „Vorwärts“: „Die Arbeiterklasse erklärt sich solidarisch mit den Löttauerlern — das ist Volksjustiz!“ Und heute? Heute hat der sozialdemokratische Parteivorstand nicht einmal den Muth, die Verurtheilten als „Genossen“ anzusehen. Wie lange mögen die Löttauer Zimmerer Partei- und Gewerkschaftsbeiträge bezahlen, für die Sozialdemokratie gewirkt und gewählt haben? Das alles aber ignoriren die leitenden „Genossen“. Die Arbeiter werden sich diesen Fall merken müssen. Er lehrt außerordentlich deutlich, daß die Sozialdemokratie ihre Parteimitglieder

ausbeute, aufsteht — schließlich aber von sich wirt wie eine ausgepreßte Zitrone.

Das konervative Organ empfiehlt und augenscheinlich die Taktik, wie sie die konservative Partei im Falle Hammerstein lange Zeit hindurch befolgt hat; die Taktik der Vertuschung und moralischen Hehlerei. Sie verlangt, — wenn das Geschicksel überhaupt einen Sinn haben soll — daß die sozialdemokratische Partei alle Handlungen von Parteigenossen beschönigen soll, und sie läßt, wenn sie durch ein der Tendenz nach gefälliges Bild den Anschein erwecken will, als ob der „Vorwärts“ sich anfangs mit den Handlungen der Lötbauer Bauarbeiter solidarisch erklärt habe. Der „Vorwärts“ hat von Anfang an scharf zwischen That und Urteil unterschieden. Das Bild der „Kreuzzeitung“ von der Volksjustiz bedeutet, so wie sie es verwerft, eine grobe Fälschung. Wir erklären uns solidarisch mit den Opfern einer nur durch die gegenwärtigen Klassenverhältnisse zu erklärenden Rechtsprechung, nicht mit einer Handlungsweise, die wir stets aufs Schärfste verurtheilt haben. Aber es giebt Urtheile, die so hart sind, daß sie die sträflichen Handlungen vergeffen machen und die Sympathien gewaltsam den Verurtheilten zuwenden.

Die „Kreuzzeitung“ kommt ganz gut die Ansicht der Partei und der Parteipresse über Gewaltthätigkeit. Aber diese Ansicht ist ihr fatal, weil sie ihr geliebtes rothes Gespenst als jüngerliche Vogel-scheuche entlarvt. Darum hilft sie mit kleinen verkleinernden Fälschungen nach, die vor denen ihres einflügeligen Chefs nur das eine voraus haben, daß sie zum Glück für das Blatt nicht trümmel, sondern „nur moralisch“ strafbar sind.

Wenn übrigens die „Kreuzzeitung“ fragt: „Wie lange mögen die Lötbauer Zimmerer Partei- und Gewerkschaftsbeiträge bezahlen“, die nunmehr — man denke an die Parteisammlung der 90 000 M. — so schöne abgeschüttelt würden, so sei dem Blatt hiernit vertragen, daß diese Summe ungefähre gleich Null ist, da der größte Theil der Verurtheilten weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert war. Unsere Angst vor dem „scharfen Kurs“ ist also so gewaltig, daß wir nicht einmal auf diesen — in den Augen der „Kreuzzeitung“ — doch gewiß mildernden Umstand Anspruch erheben.

Kritik der Thronrede strafbar.

Ein Urtheil von grundsätzlicher Wichtigkeit hat die Frankfurter Strafkammer gegen Genossen Duard, den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“ gefällt. Das Urtheil bereichert die Chronik der Majestätsbeleidigungen um einen Fall, der nicht sowohl durch die Höhe der Strafe wie durch die Art der Majestätsbeleidigung selbst in der modernen mit auffälligen Erscheinungen überfüllten Rechtskasuistik einen hervorragenden Rang behaupten darf.

Wir kennen den Dolus eventualis, auch der dolus eventualissimus hat bereits in Gerichtsällen sein bizarres Hauptlein erhoben. Aber diesmal reicht man mit diesen Hilfskonstruktionen nicht aus. Es handelt sich um eine Majestätsbeleidigung mit untauglichem Mittel am untauglichen Objekt.

Das Mittel ist untauglich; denn die inkriminierte Wendung ist nicht beleidigend, sie kränkt niemandes Ehre, verdächtigt nicht den Charakter, behauptet keine falschen herabsetzenden Thatsachen, sondern spricht ein Urtheil über die Höhe der politischen Ansicht aus. Wenn ich behaupte, jemandes Auffassung sei nicht reifer als die irgend eines Hinz oder Kunz, so ist das nicht beleidigend. Denn die Abwesenheit von Vorzügen, die über das Mittelmaß emporheben, ist keine Ehrenkränkung, wie denn der Vergleich mit Hinz und Kunz niemanden schändet. Es mag ein Unglück sein, nicht größerer Talente zu haben als der Durchschnitt, aber der Vorwurf der Talentlosigkeit berührt nicht die Ehre, nicht den Charakter, ist also deshalb nicht beleidigend. Ungefähr das besagte aber die Wendung, die diesmal dem Gericht verfallen war.

Nicht weniger aber ist das Objekt untauglich. Denn der Gegenstand der Kritik, durch die der Kaiser beleidigt sein sollte, ist die Thronrede, mit der die gegenwärtige Reichstags-sessjon eröffnet wurde. Die Thronrede aber ist nicht der Kaiser, sondern eine Regierungshandlung, durch deren Kritik lediglich die verantwortlichen verbündeten Regierungen beleidigt werden könnten.

In der „Volksstimme“ vom 6. Dezember 1898 hat Dr. Duard an den Abdruck der Reichstags-Thronrede einige kritische Bemerkungen über die allgemeine Regierungspolitik getnüpft. Ein Passus lautete: „indem sie (die Thronrede) endlich das gute Herz der verbündeten Regierungen für Ausbau der sozialen Gesetzgebung theuert und gleichzeitig gegen Streik-Terrorismus und Anarchismus donnert...“ es folgen die fünf inkriminierten Worte.

Die Thronrede wird, wie es sich gehört, als eine Regierungshandlung aufgefaßt und gewürdigt. Unmittelbar hinter jener inkriminierten Stelle wird direkt von der „Regierungshandlung“ gesprochen. Gelegentlich wird die Person des Kaisers erwähnt und seine persönliche Politik und ihre Gefahren mit einigen Worten kritisiert. Aber gerade in diesen Wendungen wurde nichts Strafbares gefunden, während man dort eingehalt hat, wo lediglich die Regierungshandlung besprochen wird. Die Strafkammer hatte denn auch zuerst die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, das dann auf eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft vom Oberlandesgericht angeordnet wurde. Gestern wurde Duard zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt; der Staatsanwalt hatte nur drei beantragt.

Dem Publikum wurde wieder einmal nicht ermöglicht, sich ein Urtheil zu bilden, da die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden ist. Warum! Niemand, der den Artikel kennt, vermag einen Grund zu entdecken. Derselbe Artikel, durch den in der ersten Instanz die Oeffentlichkeit nicht gefährdet werden darf, wird im Reichsgericht bei der Revisionsverhandlung häufig anstandslos verlesen, ohne daß auch nur daran gedacht wird, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Der Artikel ist in der Zwischenzeit sicher nicht harmloser geworden. Freilich, die Publizität ist bei den Reichsgerichts-Verhandlungen nicht so stark und wirksam, wie bei der Strafkammer. Nicht einmal das Urtheil wurde in diesem Falle näher begründet. Das Gericht begnügte sich mit der Feststellung, der Kaiser sei durch jene Worte beleidigt.

Gleichwohl, der Artikel liegt uns vor, und wir können trotz des Ausschlusses der Oeffentlichkeit feststellen: Eine Kritik des Kaisers oder gar eine beleidigende Kritik seiner Person wird nur dadurch möglich zu konstruieren, daß eine Thronrede an sich als ein persönlicher Akt des Kaisers vom Gericht aufgefaßt worden ist. Das ist aber ein schwerer staatsrechtlicher Irrthum. Eine Thronrede ist ein Akt der Regierung, und durch ihre Kritik kann der Kaiser ebenso wenig beleidigt werden wie irgend einer der anderen Bundesfürsten, die schließlich auch hinter der Reichstags-Thronrede stehen. Es hieße den konstitutionellen Werth der Thronrede verflüchtigen, wenn man sie als persönliche Meinungsäußerung und nicht als Regierungsakt aufsaßt. Selbst Herr v. Wallestrom hindert ja nicht, daß Thronreden im Reichstag erörtert werden, so streng er sonst darüber wacht, daß die Person des Kaisers nicht in die Debatte gezogen wird. Zutreffend bemerkt die „Volksstimme“:

„Dieser Charakter der Thronrede als Umgebung der verbündeten Regierungen wird vom Kaiser selbst so sehr anerkannt, daß dieser am 30. November 1897 bei der bekannten Jemenarfeier-Thronrede erst die Thronrede verlas, sie dann in die Hände des Reichskanzlers, der für dieselbe verantwortlich ist, zurückgab und nunmehr erst die bekannten persönlichen Worte in eigenem Namen sprach, die seinen Großvater feierten und damals allgemeines Aufsehen erregten.“

Ist aber die Thronrede ein Regierungsakt, so wurde durch jene Wendung, die wir auch an und für sich nicht beleidigend halten, der Kaiser gar nicht getroffen. Das Urtheil beruht auf einer äußerst bedenklichen konstitutionellen Grenzverschiebung. Gewöhnlich sind die Gerichte an solche Praxis, so werden schließlich alle Regierungshandlungen der Kritik entzogen, und wehe den Agrariern, die über die Handelsverträge schimpfen, sie wanderten sammt und sonders ins Gefängnis und in den Urtheilsbegründungen würde die Formel regelmäßig wiederkehren: „In dem Dolus des Angeklagten ist um so weniger zu zweifeln, als er wohl wußte, daß der Kaiser wiederholt persönlich für die Politik der Handelsverträge eingetreten ist.“

Die Antwort auf unsere Militärvermehrung. Wie die Londoner „Morning Post“ aus Paris erfährt, hat die russische Regierung thatsächlich beschlossen, schleunigst die ganze Artillerie mit neuen Schnellfeuerkanonen zu bewaffnen; eine französische Firma habe bereits Bestellungen empfangen.

Es wird eifrig „abgerüstet“.

Deutsches Reich.

Die Taktik der Fälschungen empfiehlt die „Deutsche Tageszeitung“, die immer Treu und Redlichkeit liebt, wenn sie schreibt:

Dem Genossen Karl Kautsky ist es höchst unbecom gewesen, daß seine häßlichen Ausprüche über die Bauern und über die Gebetsbücher wieder ausgegraben und niedriger gehängt worden sind. Wahrscheinlich hat ihn die Parteilichkeit aufgefordert, zu erklären, ob er diese taktischen Entgleisungen verschuldet habe. Er erklärt denn auch im „Vorwärts“, daß er sich dazu bekennen müsse, die erwähnten Ausprüche verbreitet zu haben. Er erzählt dabei nur, daß diese Ausprüche vor zwanzig Jahren (das stimmt nicht ganz, Herr Kautsky) gefallen seien, und macht uns zum Vorwurfe, daß wir unseren Lesern nicht mitgeteilt hätten, daß er heute auf einem Standpunkte stehe, der dem damaligen nicht entspreche. Gleichwohl fügt er hinzu, daß er sich des Gesagten nicht zu schämen brauche. Wenn Herr Kautsky die Höhe verbrochen hat, ist ziemlich gleichgültig; denn der Herr scheint seine Anschauungen so häufig und so gründlich zu wechseln, daß es nicht leicht festzustellen ist, welches dem seine gegenwärtige Anschauung sei. Wir empfehlen nach wie vor unsern Freunden die taktische Verwerfung dieser Kautsky'schen Ausprüche; sollte ihnen dabei entgegengehalten werden, daß Kautsky sie vor 20 Jahren geäußert habe, so möge man hinzusetzen, daß dieser heute noch offen ausgesprochen habe, sich ihrer nicht zu schämen. Das genügt!

Wenn die Wähler diese empfohlene Sitatendemoogie in öffentlichen Versammlungen treiben würden, so müßten sie eine schlimmere Niederlage erleiden, denn es würde ihnen sofort nachgewiesen werden, daß sie mit Fälschungen und Unterstellungen hausieren, weil sie den Zusammenhang der Aeußerungen nicht wiedergeben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hätte sich weislich, ihren genasführten Lesern mitzutheilen, in welchem Sinne Kautsky damals jene Wendungen gebraucht hat, daß er gerade damals für eine bäuerliche Agartpolitik eingetreten sei und aus dieser Bestimmung heraus jene Sätze geschrieben habe. Das Blatt sollte doch das ganze Material ihren Bauernfängern zur taktischen Verwerfung zugänglich machen, und die anderen Stellen mitabdrucken. Unberechtigt ist auch der Zweifel des Blattes an der Thatsache, daß der Kautsky'sche Ausspruch über die Erbbaubücher um 20 Jahre zurückliegt.

Wenn das Blatt sich übrigens die Erklärung Kautsky's aus einer Weisung der Parteilichkeit entstanden vorstellt, so denkt das Blatt unheilbar — monarchistisch.

Nationalliberale Partei und Fabrikantenthum. Wie bereits vor einigen Wochen die Generalversammlung des Zentralverbandes der Industriellen, so hat jetzt auch die Hauptversammlung des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln Stellung gegen die sozialpolitischen Anträge der Nationalliberalen im Reichstags genommen. Es handelt sich in diesen Anträgen um Einführung von gewerbegerichtlichen Einigungsämtern und Anerkennung der Berufsvereine. Die Herren Unternehmer zogen gegen diese so zaghaften Versuche, den Klassenkampf zu vereiteln, mit schärfsten Worten zu Felde. Sie wiesen wie üblich das, was ihre Fabrikantatur irgendwie beschränken könnte, was ihnen irgendwelche moralische Erwägungen im Verhältnis gegenüber den Arbeitern auferlegen könnte, mit der Ausflucht zurück, dadurch würde nur die Sozialdemokratie gestärkt werden.

Werden die Nationalliberalen dem Ansturm des großmächtigen Fabrikantenthums widerstehen? Oder werden die matten Anläufe sozialpolitischer Bestimmung einschlagen? —

Die „Vossische Zeitung“ versteht in unserem gestrigen Artikel über den Verstein-Streit der bürgerlichen Parteien den Titel nicht: „Eitle Hoffnungen“ überschreibt der „Vorwärts“ seinen Artikel. Was soll nun eitel sein? Die Ueberzeugung von der „Rausierung“ oder die gegenheilige Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie an ihren alten Anschauungen festhalte? Es scheint, als ob hier nicht die bürgerliche Presse, sondern der „Vorwärts“ eine „Doppellödie“ aufführt, indem er die eine wie die andere Anschauung als verfehlt behandelt.

Wir bedauern, daß die „Vossische Zeitung“, die den Muth hat, über theoretische Streitfragen ein Urtheil zu fällen, nicht einmal einen sehr einfachen Gedanken zu verstehen vermag. Wir verportieren die liberale Presse, weil sie von der Wausierung der Sozialdemokratie sofeldt und die konervative, weil sie das rothe Gespenst ausbeutet. Von beiden Seiten wird also die Sozialdemokratie so dargestellt, wie sie nicht ist — das ist die Doppellödie. Die Einen halten uns den losen, die Anderen den losen Jerrspiegel vor — wir gucken hinein und lachen über die — Spiegelscher der Wauserei und der Scharfmacherei.

Beamtenhum und politische Bestimmung. Vor dem kaiserlichen Disziplinardhofe in Leipzig kam am Sonnabend die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil des Disziplinardgerichts in Hannover zur Verhandlung, durch das der Postkassierer Friedrich Wolf in Braunschweig zur Strafberechnung und Kürzung des Gehalts um ein Viertel verurtheilt worden ist. Die Staatsanwaltschaft hatte Entlassung aus dem Dienste beantragt. Wolf hatte am 26. Juni vorigen Jahres bei der Reichstags-Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wlos und dem nationalliberalen Kandidaten Vierck im Wahllokale mit zwei Sozialdemokraten zusammengeessen und sich mit ihnen unterhalten, und zwar befand er sich dabei in Uniform. Der Ober-Rechtsanwalt vertan die Berufung nicht, da nur festgestellt sei, daß Wolf aus Pässigkeit, nicht aber mit Bewußtsein seine Dienstpflicht, die ihm Zurückhaltung auferlegte, verletzt habe, und da insbesondere nicht festgestellt sei, daß er agitatorisch und demonstrativ für die sozialdemokratische Partei eingetreten sei. Die Freiheit der politischen Anschauungen und die Freiheit der Wahlbarsten keinem Staatsbürger beschränkt werden. Der Disziplinardhof erklärte im Einklange hiernit auf Verwerfung der Berufung.

Besonderes Gewicht ist dem Urtheil nicht beizulegen, da nur die „Pässigkeit“ den Postkassierer gerettet hat. Aber immerhin klingt es ganz hüßig, aus dem Munde eines Ober-Rechtsanwalts die Freiheit der politischen Anschauungen für alle Staatsbürger preisen zu hören.

Wie der Disziplinardhof selbst über die Pflichten eines Beamten gegenüber der Sozialdemokratie denkt, geht aus der Urtheilsbegründung hervor. Der Disziplinardhof stellt sich danach in Beziehung auf die Beweiswürdigung vollständig auf den Standpunkt des ersten Urtheils und nimmt als nicht erwiesen an, daß Wolf in demonstrativer Weise sich in dem Wahllokale hat benehmen wollen und daß er mit seiner Handlungsweise habe zu erkennen geben wollen, er interessire sich für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Wlos. Der Disziplinardhof nimmt aber dann weiter an, daß die Vernehmung des Angeklagten immerhin darin bestanden hat, daß, während sein Amt ihm die Pflicht auferlegte, in vorächtiger Weise sich in einer solchen Versammlung zu betheiligen, er diese Pflicht ganz außer Acht gelassen hat und immerhin in einer Weise aufgetreten ist, daß der Verdacht rege wurde, er stehe auf dem Standpunkte, sich für die Sozialdemokratie zu interessiren. Sein Amt legte ihm die Pflicht auf, nach dieser Richtung mit äußerster Vorsicht vorzugehen und jeden Verdacht solcher Art zu entfernen. Daß er dies nicht gethan hat, damit hat er eben seine Pflicht verletzt. Er hatte bei berücksichtigten Personen doch die Ansicht erregt, daß er mit den Sozialdemokraten freundschaftlich, und das darf er als Beamter nicht. Wenn es bewiesen wäre, daß er etwas Derartiges mit Bewußtsein gethan hat, so würde die Entlassung aus dem Dienste die angemessene Strafe gewesen sein.

Wir glauben nur, daß der Reichs-Disziplinardhof etwas viel zu ihm bekommen würde, wenn er alle Beamten vor sein Forum ziehen könnte, die sich für die Sozialdemokratie interessieren.

Die Frage der Arbeitervertretung in der Bergwerksinspektion wird, wie die „Voss. Zig.“ erfährt, im preussischen Handelsministerium nicht als erledigt betrachtet — trotz der Opposition, den dieser Gedanke in den parlamentarischen Verhandlungen gefunden hat. In diesen Tagen treffe der Handelsminister im schlesischen Montanbezirk ein und wolle sich bei dieser Gelegenheit mit den zeitigen Organen der Bergwerksinspektion in näheres Einvernehmen darüber zu setzen suchen, inwieweit ihnen die Zuziehung von Vertretern der Bergarbeiter-oppertion erscheine.

Möchte man nicht auch einmal von der Arbeiterschaft selbst zu erfahren suchen, ob ihnen die Zuziehung von Arbeiter-Vertretern zur Bergwerksinspektion „opportum“ erscheint? —

Fromme Logik. In unseren Ausführungen über das Verbrechenspiel unserer Verleumder bemerkt der „Reichsbote“ der sich in die Zeit schickenden Herren Pastoren, die ihre Finger weislich von dem christlich-sozialen Unsinne lassen:

Das sind Ausführungen, die einem Machiavelli oder Jesuiten die höchste Ehre machen würden, zugleich aber die elendeste Vogelstrauhkritik, welche die Sozialistenpartei von ihren eigenen Lehren noch treiben kann. Das mag ja sein, daß jener Wörder vom wirtschaftlichen System der Sozialdemokratie nicht viel verstanden hat, denn wieviel Sozialdemokraten verstehen denn das? Aber die Sozialdemokratie ist das große Sammelbecken für alles, was mit Gott und der Welt zerfallen ist, und dazu hat sie sich selber gemacht.

Wieder frommer Reichsbote: Sozialdemokraten sind Leute, die das sozialdemokratische Programm anerkennen. Mit der Gottheit stehen sie in dem besten Verhältnis, und sie finden, daß es in der Welt eine Lust zu leben ist, die sie sich selber schaffen. Für jenen Wörder ist die Sozialdemokratie nicht mehr verantwortlich, wie die Reichsboten-Pastoren für die zahlreichen Verbrecher, die unter Anrufung Gottes dem Henker sich darboten. Und die Spezialität der frommen Verbrecher ist dem „Reichsboten“ sicher nicht unbekannt.

Unberechtigte körperliche Messung unbedenklicher Personen ist vor einiger Zeit mehrfach von Behörden vorgenommen worden. So in Magdeburg an Anarchisten. So auch an dem Herausgeber der Zeitschrift „Der Eigene“, Adolf Brandt, durch den Amtsdirektor auf der Oberförsterei Köpenick. Die Beschwerde des Herrn Brandt wurde vom Landrath zurückgewiesen, weil „eine unmittelbare Anwendung körperlichen Zwanges nicht vorliege.“ Jetzt hat nun der Regierungspräsident anerkannt, daß der Amtsdirektor nicht befugt war, bei Brandt eine körperliche Messung gegen seinen Willen vorzunehmen.

Die Jurisprudenz von 1899 erklären entrüstet, daß sie keinen Kranz auf die Gräber der Märtyrern niedergelegt haben. Das hat auch niemand geglaubt, denn niemand hat vor den heutigen Herrschen so viel Achtung, daß er sie mit den Jurisprudenz von 1848 verwechselt. Für die alten Herren freilich, so weit sie noch leben und nicht Renegaten geworden sind, ist es natürlich, daß sie ihre Ideale und ihre Märtyrer ehren.

Im „Reichs-Gesetzblatt“ werden die Befehle über die Friedenspräsenzstärke und den Reichshaushalt veröffentlicht.

Der Geheuntwurf über die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen ist nunmehr dem Abgeordnetenhaus zugegangen.

Herr Delbrück, so wird berichtet, beabsichtigt nicht, die Redaktion der „Preuss. Jahrb.“ aufzugeben.

Herr Delbrück wird in Zukunft seine Zeitschrift so redigieren müssen, daß er nicht nur niemals gegen das Strafgesetzbuch verstößt, sondern daß er auch nichts sagt, was einem hohen Staatsministerium zu weit geht. Ein deutscher Professor hat noch weniger freies Meinungsrecht als ein ungelehrter deutscher Staatsbürger.

Gesetzlicher Schutz für erwerbsfähige Schulkinder. In der letzten Sitzung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigte man sich mit dem obigen Thema. Lehrer O. Jante begründete die folgenden Vorschläge:

„Ähnlich wie für die jugendlichen Arbeiter bestimmte Vorschriften über die zulässige Arbeitsdauer erlassen worden sind, so müßte dieser Schutz auch den nebenbeschäftigten Kindern gewährt werden. Die Zeit der Nebenbeschäftigung dürfte im Höchstfalle täglich 3 bis 4 Stunden währen. Gleichzeitig müßte bestimmt werden, daß die Arbeiter nicht am Morgen vor Schulbeginn und am Abend nicht nach 8 Uhr betrieuen werden dürfen. Kinder unter zehn Jahren sollten nicht erwerbsmäßig thätig sein. Ferner könnten auch diejenigen Arbeiten verboten werden, die für die kindlichen Kräfte zu schwer oder sonstige in gesundheitlicher Hinsicht nachtheilig und für die Sittlichkeit schädlich sind.“

Von einem der Diskussionsredner wurde darauf hingewiesen, daß die Jante'schen Vorschläge nicht weit genug gehen. Es müßten die erwerbsfähigen Beschäftigtenarten, die erlaubt sein sollen, genau festgelegt werden. Die Gewerbe-Inspektion müßte soweit ausgedehnt werden, daß darunter auch die häufigsten Arten der erwerbsfähigen Kinderarbeit fallen. Ganz zu verbieten sei das Austragen von Zeitungen und Sachwaaren und das Regellastellen. Die Spandauer Behörden haben angeordnet, daß Kinder nicht vor 7 Uhr Morgen und nach 7 Uhr Abends erwerbsmäßig beschäftigt werden dürfen. Für Berlin sei eine gleiche Verordnung unerschwinglich.

Soldaten-Selbstmord. Am letzten Freitag hat sich ein Kadett von Vorkammer, ein Keffe des Kieler Polizeipräsidenten, aus Furcht vor Strafe, die seine in Aussicht genommene Karriere vernichtet hätte, erschossen. Der Tod erfolgte sofort.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Nordschleswig'sches. In Kostland hat dieser Tage eine dänische Versammlung stattgefunden, bei welcher Gelegenheit die Staatsvertretung in echt preussischer Weise wieder einmal betrieben worden ist. Die „Hejmdal“ berichtet, hat an den der Versammlung vorhergehenden Tagen es an zahlreichen Versuchen, den Wirth zur Verweigerung seines Saales zur Versammlung zu veranlassen, nicht gefehlt. Mit der Drohung der Konfessionsentziehung, des Vogtlotts u. s. w. hat man den Wirth hierzu zu bestimmen versucht.

Die Versammlung fand jedoch statt und heute berichtet „Hens-Berg“ aus, daß der Amtsvorsteher dem Wirth schriftlich mitgeteilt habe, daß er wegen Hergabe seines Lokals zur Versammlung nunmehr statt 11 Uhr um 10 Uhr Polizeistunde habe und daß zur Abhaltung von Tanzbelustigungen keine Erlaubnis mehr erteilt werden würde. Ein im Hotel beschäftigtes Dienstmädchen wurde mit 24stündiger Frist des Landes verwiesen, mit der Hinzufügung, daß es innerhalb einer halben Stunde das Hotel zu verlassen habe.

Die zukünftige Organisation des Postbeamten-Personals.

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, die folgenden näheren Mitteilungen über die von Herrn v. Roddick geplante Neuorganisation der Postbeamten-Organisation zu machen. Sämtliche Stellen des Subalternendienstes sollen ausschließlich den Anwärtern der mittleren Laufbahn offen stehen und nur die eigentlichen höheren Dienststellen den Beamten der oberen Laufbahn vorbehalten werden.

Die Anwärter der höheren Laufbahn müssen das Zeugnis der Reife von einem Gymnasium, einem Realgymnasium oder einer Ober-Realhauptschule besitzen und werden, wie bisher, als Postelaven angenommen. Die Befähigung zur Anstellung im Post- und Telegraphendienst erlangt der Anwärter erst durch das Bestehen zweier Prüfungen, der Postreferendar- und der Postassessorprüfung. Beide Prüfungen erstrecken sich sowohl auf das Post- als auf das Telegraphenwesen. Der Anwärter soll zunächst den technischen Post- und Telegraphendienst kennen lernen. Er hat sich nach beendeter Vorbereitung einem mehrjährigen Studium zu widmen. In Rücksicht auf das Telegraphenwesen wird er sich namentlich umfassende Kenntnisse in der Mathematik, Mechanik, Physik und Chemie anzueignen haben; auch wird sich das Studium auf die Rechts- und Staatswissenschaften erstrecken. Dem Studium folgt die Ablegung der Referendarprüfung und dieser eine weitere praktische Ausbildung im Post- und Telegraphendienst. Nach deren Beendigung hat der Referendar die Assessorprüfung abzulegen. Die Postassessoren werden, soweit sich dazu Gelegenheit bietet, gegen Entgelt beschäftigt, sie werden etatsmäßig angestellt und erlangen die höheren Dienststellen als Postinspektor, Post- oder Telegraphendirektor, Postrat, Oberpostdirektor u. s. w.

Von den Anwärtern für die mittlere Laufbahn wird eine höhere Schulbildung als bisher gefordert. Die künftigen Postgehilfen sollen mindestens die Reife für die Untersekunda eines Gymnasiums, eines Realgymnasiums oder einer Ober-Realhauptschule besitzen oder auf einer anderen öffentlichen Schule entsprechende Schulbildung erlangt haben. Die Vorbereitungszeit der Postgehilfen ist wie jetzt auf vier Jahre bemessen. In der Art der Beschäftigung der Postgehilfen und Postassistenten tritt keine Änderung ein, aber die etatsmäßige Anstellung, die bisher zunächst gegen dreimonatliche Anstellung erfolgte, wird künftig sofortig und unbedingbar sein. Von besonderer Bedeutung ist, daß alle Assistenten und Postverwalter die Möglichkeit zugesichert ist, die Sekretärprüfung abzulegen. Dies gilt auch für die bereits jetzt in der mittleren Laufbahn befindlichen Beamten. Durch das Bestehen der Sekretärprüfung erlangen die Assistenten die Aussicht, in Stellen für Sekretäre, Obersekretäre, Postmeister, Ober-Postdirektionssekretäre, Ober-Postassistenten, Buchhalter u. s. w. einzurücken. Während die Assistenten jetzt ein Gehalt von 8000 M. erreichen, werden die Beamten der mittleren Laufbahn künftig als Sekretäre bis zu 3500 M., als Obersekretäre, Postmeister u. s. w. bis zu 4200 M. im Gehalt aufsteigen.

Wenn das neue Reglement in Kraft treten wird, ist noch nicht bestimmt; es ist anzunehmen, daß der Zeitpunkt gewählt werden wird, von dem ab die Annahme von Postgehilfen, die seit Oktober 1897 eingestellt ist, wieder notwendig werden wird; voraussichtlich wird dies zu Anfang nächsten Jahres der Fall sein.

Vernburg, 28. März. Dem Anhaltischen Landtage gingen 2 Vorlagen zu, betreffend das durch Wasserzugänge sehr bedrohte staatliche Salzwerk Leopoldshall. Zur Aufstellung einer neuen Wasserhaltung im Werke und zu einer neuen Reservoirschachtanlage sind 2 300 000 M. erforderlich.

Berichtigung. Bei der Durchsicht meines Artikels über die Zusammenbruchstheorie im „Vorwärts“, 16. März, finde ich, daß mir auf Seite 2, Zeile 84 von unten ein fatales Versehen passiert ist; ich habe die Zahlen der gewerblichen Betriebe mit denen der industriellen verwechselt. Es hat nicht nur die Zahl der Betriebe und Leiter der industriellen Betriebe, sondern auch die Zahl der letzteren selbst 1882-95 abgenommen von 2 270 339 auf 2 146 972. Die Zahl der Selbständigen im Gewerbe (Industrie, Handel und Verkehr, Gärtnerei und Fischerei) betrug 1882 2 877 213, 1895 2 933 364, dagegen die Zahl der Hauptbetriebe 1882 3 005 467, 1895 3 144 077. Ich bitte danach die in dem genannten Artikel gemachten Angaben zu ergänzen bzw. zu berichtigen.

R. Kautsky.

Berichtigung. Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen, von denen wir gestern berichteten und bei denen die sozialistisch-demokratische Liste siegte, haben nicht in Stuttgart, sondern in Karlsruhe stattgefunden.

Bücker's Zukunftsstaat.

In der dritten Vortragsrede des Grafen Bücker zu Klein-Tschirne die Welt erschaffen und das Judentum gedrohen hat, ist am Schluß ein prophetischer Geist selbst über den königlich preussischen Amtsvorsteher gekommen, und in süssen Farben wuchs des Grafen Zukunftsstaat auf, der nichts anderes ist wie der „Judenstaat“. Wir haben diese prächtige Phantasie des Grafen bereits kurz erwähnt, sie sei hier aber noch ausführlicher wiedergegeben, weil die „Staatsbürgerzeitung“ selbst diese in schönen Worten rollenden Delaminationen neuerdings ihren Lesern vorsetzt, die gewiß nicht wenig verblüfft gewesen sein werden, als die willkommene Judentheorie plötzlich mit einem überschwänglichen Judenthymus schloß:

„Schwere Zeiten, Zeiten der Noth und der Verfolgung werden über die Juden hereinbrechen; die christlichen Staaten werden endlich energisch rebellieren gegen die fremde Tyrannen-Wirtschaft und man wird sie wie ein geheimes Wild drängen und fischen von Stadt zu Stadt, von Land zu Land. Da endlich in der höchsten Noth wird das steinerne Herz von Israel drehen. In ihrer Angst werden die Juden wieder beten lernen; sie werden auf ihre Knie niederfallen und Tag und Nacht um Gnade schreien, und dann wird Gott sich endlich wieder erbarmen über sein unglückliches und schwergeprüftes Volk; denn wie dem einzelnen Individuum, so wird auch ganzen Nationen die Gnade öfters angeboten.“

Im Römerbriefe lesen wir: „Blindheit ist Israel zum Theil widerfahren; solange bis die Fülle der Heiden eingegangen sei und also das ganze Israel selig werde“; fürwahr eine stolze Verheißung, der Rest des unglücklichen Volkes wird also der Heilung durch Gott begnadigt triumphiert einzeln in die Thore der ewigen Stadt. Wir befinden uns gegenwärtig in den letzten Dingen; alle Zeichen der Zeit deuten hin auf das nahe Ende der Welt. Die Entwidlung der Erde vollzieht sich mit rasender Geschwindigkeit und bald wird allen Völkern der Erde das Evangelium gepredigt werden. Und dann ist die Zeit gekommen, wo Gott Israel wieder sammeln wird in den Vorhöfen von Jerusalem zu einem schöneren und besseren Dasein.

In Schaaren werden die Juden von dannen ziehen nach Kanaan in das Land ihrer Väter. Sie werden weinend kommen und betend. So will ich sie leiten, ich will sie leiten an den Wasserläufen, auf schlichten Wegen, daß sie sich nicht fischen. Der Israel zerstreute hat, der wird es auch sammeln und wird ihrer hüten, wie ein Hirte seine Herde (Jer.). Und dann wird das Land Kanaan wieder empordürren zu neuem Leben und Jerusalem, das lange in Schutt und Trümmer lag, wird wieder erbaut werden mit nie geahnter Pracht. Und in der

That, ein herrliches und glänzendes Gemeinwesen wird wieder erblühen in den alten jüdischen Landen. Nach den Worten der Schrift muß man entschieden annehmen, daß Christus in Jerusalem zum zweiten Male der Welt erscheinen wird; und dann wird das tausendjährige Reich beginnen und die große Sabbatruhe anheben für diese so überaus erste und nummernvolle Welt. Ich zweifle nicht, daß die Juden auferstehen sind, im tausendjährigen Reich eine gewaltige Mission auf Erden zu verrichten, daß sie bestimmt sind, die geistigen Führer der Welt zu sein; und während sie jetzt ein Volk von Sündern und Uebelthätern sind, werden sie später ein segnetes Volk, ein Volk von Heiligen werden; und zum zweiten Male werden vom Berge Zion neue Gnadenströme über die Erde rauschen. Christus selber wird herrschen in Gerechtigkeit und Gericht, in Freundlichkeit und Strenge. Sein Regiment wird reichen von einem Meer zum andern, von den Wässern bis an der Welt Ende. Alle Könige werden ihn anbeten, alle Heiden ihm dienen. (Ps. 72.) Jerusalem wird eine Stätte des Friedens werden, ein Ort, da man gerne wohnt, denn eine Nation von Erlösten und Berufenen ist dort versammelt zur Ehre Gottes und zum Segen der Welt. Man wird die Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sichel machen; denn Gerechtigkeit und Frieden werden sich küssen und wird sein ewige Stille und Sicherheit. — Man wird die Juden Priester des Herrn heißen und Diener unseres Gottes; ihre Aufgabe wird fortan sein, das Evangelium zu predigen und den Heiden die Botschaft des ewigen Lebens zu bringen. Palästina, das alte und zertrümmerte Land, wird man einen Garten Gottes nennen.“

Wir hätten nie geglaubt, daß die „Staatsbürgerzeitung“ eine so fanatische Judenliebe in ihrem Gemüthe hegt. Die Dreifacherei mag den heutigen Juden nicht gerade angenehm sein, aber wenn sie zu geistigen Führern der Welt, zu einem Volke von Heiligen emporgehoben werden sollen, dann kann sich das Judentum für die gnädigen Priester nur bedanken. Der Mensch, der nicht geschehen wird, wird nicht erzogen — den griechischen Spruch hat sich offenbar die Staatsbürgerin zum Leitwort gewählt, und deshalb äußert sich ihr schwärmerischer Philosemitismus einseitig antijüdisch und spricht mit dem Grafen Bücker:

Sie sehen also, meine Herren, welche herrlichen Verheißungen die Juden noch besitzen und welche großartige Zukunft ihrer wartet; aber gegenwärtig sind sie noch verflucht, und verfluchte Leute müssen Unheil anstellen im Staatleben, das ist nicht anders möglich. Drum, deutscher Michel, sei auf deiner Hut, kämpfe wader für das bedrohte Deutschland und errette dein Heures und heiliggeliebtes Vaterland, das gegenwärtig aus tausend Wunden blutet.

Land des Rechtes,
Land des Lichtes,
Land des Schwertes und Gebüches,
Land der Adler und der Leuen,
Land der Freien und Getreuen,
Land, du bist dem Tode nah,
Sieh' dich um, Germania.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Um die Sprachenfrage drehen sich in Oesterreich noch immer die politischen Erörterungen. Im niederösterreichischen Landtage führte am Dienstag Abg. Kopp einen gegen die Sprachverordnungen gerichteten Antrag Goser befürwortend, aus, diese Frage sei eine den ganzen Staat berührende geworden, und sei deshalb der Landtag zur Stellungnahme berufen. Statthalter Graf Kielmannsegg erklärte im Namen der Regierung, er sei, da der Nationalitätenstreit auf das ganze politische Leben zurückwirke, nicht dagegen, daß sich der Landtag im Rahmen einer Meinungsäußerung mit der von der Sprachenfrage beherrschten politischen Lage befasse. Der Statthalter richtete im Namen der Regierung an alle dazu berufenen Faktoren die Aufforderung, endlich die Sähen vor der Öffentlichkeit abzulegen und im Interesse der Allgemeinheit zur Berathung zusammenzutreten, damit ein Einverständnis über Lösung der Streitpunkte erzielt werde. Sollte sich diese Hoffnung erfüllen, was allerdings ohne thätige Mithilfe der Beteiligten nicht geschehen könnte, dann werde für die Regierung kein Anlaß vorliegen, anderweitige Schritte zu thun, um der Lähmung der verfassungsmäßigen Thätigkeit der Reichsvertretung zu begegnen.

Die Regierung wünscht demnach dringend, daß die Obstruktionspolitik endlich aufgegeben werde.

Frankreich.

Zur Dreifus-Affäre. Das Pariser Blatt „Voltaire“ meldet, Cassimir Perier habe vor der Kriminallammer des Kassationshofes erklärt, General Mercier habe ihm gesagt, daß das „geheim Altentück“ thatsächlich dem Kriegsgericht unterbreitet worden, jedoch nicht beachtet gewesen sei, daß dessen Uebermittlung auf die Richter beschränkt bleibe. Die Generale Mercier und Voisidestre hätten vor der Kriminallammer jede Aufklärung verweigert. „Voltaire“ bemerkt zu dieser Angelegenheit, das Schriftstück „Cotte canaille de D.“ betreffe weder eine militärische noch eine Spionage-Angelegenheit.

Der Schriftsteller-Verband wählte zum Vorsitzenden Marcel Prevozt, der in seiner Antrittsrede sagte: „Es wäre eine Schmach, einen Genossen, einen Meister wie Zola, der für den Verband gearbeitet hat, dem die Mitglieder früher dankbar die Hand gedrückt haben, feige auszuschließen, weil die Menge jetzt hinter seinen Heren heult.“

Paris, 28. März. Wie der „Matin“ behauptet, machte der verhaftete Engländer Joseph Glaves genaue Angaben über ein planmäßig organisiertes Netz von Spionen, welche in Frankreich für England und Deutschland thätig seien. Glaves soll eine neue Spionage-Affäre enthalten haben. In der Provinz sei bereits eine Verhaftung vorgenommen.

Italien.

Kreisengerichte fangen wieder an, in Italien mit einer gewissen Beständigkeit aufzutreten. Es hieß schon früher, die Maßregeln gegen das Vereinsrecht und die Presse sollten dem Kabinet Pelloux die Sympathien der liberalen Gruppen entzöndet haben. Hauptächlich aber sollten gegen Pelloux die Anhänger Zanardelli's verstimmt sein, der, wie man in römischen Kreisen erzählt, sogar die feste Absicht hat, die Präsidentschaft der Kammer niederzulegen. Außer den politischen Gesetzen haben nun besonders die letzten Ereignisse der auswärtigen Politik die Lage des Generals Pelloux sehr erschwert. Das Risiko in China kann nicht mehr verleugnet werden und der englisch-französische Vertrag soll sogar einige Mitglieder des Kabinetts, wie Marineminister Balduino und Postminister Ruffi, im höchsten Grade verärgert haben. Wie verlautet, würden mit Balduino und Ruffi auch die Schatz- und Finanzminister Boechelli und Carcano die Absicht haben, das Ministerium zu verlassen.

England.

Die beiden englischen Parlamente sind verlagert worden. Das Oberhaus ist bis zum 17., das Unterhaus bis zum 10. April.

Asien.

Vom philippinischen Kriegsschauplatz wird aus Washington gemeldet:

General Otis kaufte in Zamboanga 18 spanische Kanonenboote an. Am Montag wurde nach einer Depesche des Generals Otis den ganzen Tag hindurch gekämpft. Auf Seiten der Amerikaner sind etwa 40 Mann gefallen. Die Aufständischen wurden von Aguinaldo befehligt.

Aus anderen Quellen als den offiziellen kommen Nachrichten, die den Amerikanern weit ungünstiger lauten. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Washington gemeldet, daß man dort im Kriegsministerium wegen der ungünstigen Nachrichten aus Manila etwas nervös sei. Man habe nicht erwartet, daß die Insurgenten so gut kämpfen würden. General Otis habe 27 000 Mann

und Aguinaldo's Armeeschäfte man auf 30 000, aber sie habe noch eine Reserve von unbekannter Größe hinter sich. Sollte Otis auch nur eine vorübergehende Niederlage erleiden, so würde die Lage gefährlich werden, zumal man wisse, daß die Eingeborenen in Manila nur auf eine gute Gelegenheit warten, um sich in Massen zu erheben und jeden Amerikaner umzubringen.

Aus Madrid wird gemeldet, der dort eingetroffene Unterhändler Aguinaldo's verlangt für die Befreiung der spanischen Gefangenen 5 Millionen Francs, welche ratenweise in Paris oder Madrid ausbezahlt seien.

Amerika.

Chicago, 27. März. Eine große Versammlung von Deutschen fand hier heute Abend im Auditorium-Theater statt. Es wurden Resolutionen angenommen, welche die Verträge englischer und amerikanischer Blätter verurtheilen, Deutschland ungünstige Vorurtheile hervorzurufen und Amerika in eine gegen Deutschland gerichtete Allianz mit England hineinziehen.

Partei-Nachrichten.

Die Konferenz zur Vorbereitung des Internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1900 in Paris stattfinden wird, ist von dem französischen Ausführungskomitee auf den 27. und 28. Mai nach Brüssel berufen worden. Das französische Komitee besteht, wie schon mitgeteilt ward, aus Mitgliedern aller sozialistischen Fraktionen und ist vom Verbandsausführungskomitee (Comité d'Entente) gewählt, in dem alle diese Fraktionen, fünf an der Zahl, gleichmäßig vertreten sind. Der Ausschuß — das sei hier erwähnt — hat sich vortrefflich bewährt, und gerade die Vorbereitung des nächsten Kongresses war eine Aufgabe, welche zur Eignigkeit drängte, sie gewissermaßen zur Ehrenpflicht machte. Wir haben unter solchen Umständen Grund zu der Hoffnung, daß die Verständigung bald zur Einigung reifen, und daß der nächste Internationale Arbeiterkongress eine geeinte französische Sozialdemokratie sehen wird.

Eine außerordentliche Parteikonferenz für das westliche Westfalen tagte am Sonntag in Hagen. Sie hatte die Streitigkeiten im Ruhrrevier zum Gegenstand. Die Tagesordnung lautete demgemäß: Die Kündigung der Genossen Lehmann und Bied (Redakteure des Dortmunder Parteiorgans), die Kompetenz des Agitationskomitees, Antrag Bochum: das Parteiblatt von Dortmund nach Bochum zu verlegen, und das Agitationskomitee von Dortmund zu verlegen. Anwesend waren 9 Delegirte aus dem Kreise Altena-Niedelohr, 9 aus dem Kreise Hagen-Schwelm, 16 aus dem Kreise Bochum, 1 aus dem Kreise Dortmund-Hörde (aus Hörde), 3 aus dem Kreise Hamm-Soest und 2 aus dem Kreise Beckinghausen. Die Genossen in Dortmund, um deren Verbleiben sich die Verhandlungen drehten, waren der Konferenz ferngeblieben. Nur ein Mitglied des in Dortmund sitzenden Agitationskomitees für den Bezirk Genosse Fleer, war anwesend.

Für den Parteivorstand waren die Genossen Auer und Gerlich anwesend.

Von allen Rednern wurden die Dortmunder Genossen scharf angegriffen und ihr Verhalten lebhaft getadelt. Beschlossen wurde, das Agitationskomitee von Dortmund nach Bochum zu verlegen. Das Komitee erhält die Berechtigung, auf Antrag eines Kreises, wenn die übrigen Kreise zustimmen, außerordentliche Parteitage einzuberufen. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Dortmunder Parteigenossen für die Nichtbescheidung des Parteitages tadelte. Ebenso eine Resolution, die den Beschluß, wonach Bied und Lehmann unwürdig sein sollen, Parteiamter zu bekleiden, für ungerechtfertigt erklärte. Der Antrag, das Parteiblatt nach Bochum zu verlegen, ist zurückgezogen worden. Es wurde ausgeführt, daß man den Streit nicht noch mehr entzünden, sondern für seine allmähliche Beilegung sorgen solle. Genosse Auer machte darauf aufmerksam, daß die Partei nicht auf Dortmund, dieses Arbeiterrevier der Großindustrie, verzichten wolle wegen persönlicher Streitigkeiten einzelner Personen. Wenn wir die Möglichkeit hätten, mit den gesammten Parteigenossen in Stadt und Land Dortmund zu sprechen, so würde der Streit bald beigelegt und die, die ihn entzündet haben, an die Wand gedrückt sein.

Auer's Argumente wirkten denn auch auf die Versammlung, so daß lediglich das allgemeine Parteinteresse in den Beschluß zur Geltung kam. Der Einfluß der Dortmunder auf das Parteiblatt soll aber, wie noch beschlossen wurde, eingeschränkt werden.

Wir wollen hoffen, daß die einmüthigen und verständigen Beschlüsse dieser Konferenz dazu beitragen, wieder Frieden und Einigkeit zwischen den Parteigenossen des für uns so wichtigen Ruhrreviers herbeizuführen, damit die Schlappe, die in dem Verluste des Dortmunder Wahlkreises für und liegt, bei der nächsten Gelegenheit wieder gutgemacht wird.

Die diesjährige Partei-Konferenz des ober-schlesischen Agitationsbezirks fand am Sonnabend den 25. März in Medenborf, Bielschowitz im Kreise Jäbze statt. Parteilosen waren sieben Wahlkreise Ober-schlesiens durch 19 Delegirte; außerdem waren Vertreter des Breslauer und Langenbielauer Agitationsbezirks (Druhns-Bresslau und Pelz-Langenbielau), sowie ein Vertreter der polnisch-sozialdemokratischen Partei (Morawski-Berlin) anwesend. Die Verhandlungen leitete Genosse Winter-Beuthen.

Die Tagesordnung (I. Die 1898er Reichstags-Wahlen, II. Unsere nächsten Aufgaben, III. Die Presse, IV. Verschiedenes) wurde in einer fünfständigen Verhandlung erledigt. Unter den angenommenen Anträgen und Resolutionen waren beachtenswerth: 1) eine Protesterklärung der Konferenz gegen die besonnenen Schimpfpredigten eines Theils der ober-schlesischen Geistlichkeit gegen die Sozialdemokratie; 2) eine scharfe Verurtheilung der das Volk aufhebenden und erditternden Maßregelungen und des Systems der schwarzen Listen; 3) eine Erklärung der Konferenz zu Gunsten der Einführung des polnischen Schulunterrichts für Kinder polnischer Eltern; 4) eine Reihe Anträge der Mitwirkenden Genossen zur Verbesserung der Landagitation. In einer regen Debatte führte ein Antrag auf Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ nach Oberschlesien. Als Bezirks-Vertrauensmänner bis zur nächsten Konferenz wurden die Genossen Winter-Beuthen und Marek-Jäbze gewählt.

Die in Bielschowitz versammelten Parteigenossen waren polizeilich sehr gut überwacht. Fünf berittene und drei Fußgendarmen, ein Polizeigezant und ein Grenzkommissar (Wälder) waren im Versammlungsort und in seiner Umgebung anwesend! Bezeichnend für die ober-schlesischen Verhältnisse war es auch, daß keiner der in der Nähe des (privaten) Versammlungsorts wohnenden Gastwirthe den Wirth hatte, unseren Genossen Mittagbrot zu liefern; diese mußten sich also selbst beschaffen. Trotz alledem bedeutete die Abhaltung der Konferenz im Herzen Ober-schlesiens, im Industriebezirk, einen nicht zu unterschätzenden Erfolg für uns.

Sonntag, den 26. d. M., sollten in Bielschowitz-Redendorf zwei Volksversammlungen stattfinden, leider fand nur eine statt, da die erste für Mittag angemeldet, der polizeilichen Aufsicht verfiel. Der Anmeldevide hatte übersehen, daß in Bielschowitz die gottesdienstliche Zeit bis 12 — statt bis 11 — Uhr dauert. Als ein Versammlungsbesucher die Polizeibeamten darauf aufmerksam machte, daß der die Anmeldung entgegennehmende Beamte nichts gegen die Abhaltung der Versammlung um 11 Uhr eingewendet hätte, entgegnete er pfiffig lächelnd: „Ja, das ist ja eben die Schlaube!“ Er meinte wahrscheinlich die „Schlaube“ jenes die Anmeldung beschweigenden Beamten.

Die Nachmittags-Versammlung war sehr gut besucht; in ihr sprachen Morawski-Berlin und Worsch-Jäbze.

Die Parteigenossen Südbayerns hielten am Sonnabend ihren ersten Gantag ab, der von 24 Delegirten und 20 Orten besucht war. Neben mehr inneren Organisations- und Agitationsangelegenheiten beschäftigte er sich auch mit der Frage der Landtagswahlen. Nach

einem Referate des Genossen Wollmar und einer lebhaften Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der Gantag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Aussicht auf Erfolg, also auf die Wahl von eigenen Wahlmännern besteht — aber auch nur da — in die Wahl einzutreten und die Kräfte nicht zu zersplittern. Die Bestimmung der Orte ist den dortigen Genossen im Einvernehmen mit dem Gauvorstand zu überlassen.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den thüringischen Kleinstädten wird für Sonntag, den 23. April, nach Jülich eingeladen. In der Besprechung sollen die Beschlüsse der letzten Konferenz, ein planmäßiges Auftreten der Parteigenossen in den Gemeindevertretungen nach einem bestimmten Programm herbeizuführen.

Ausschluss aus der Partei. In Geyer im sächsischen Erzgebirge wurde der frühere Vertrauensmann Paul Reymann wegen schwerer Schädigung der Partei-Interessen durch eine Parteiverammlung aus der Partei ausgeschlossen.

Den hier in Berlin arbeitenden Parteigenossen aus Jüterbog und Umgegend wurde zur Nachricht, daß der Wirt Rudolf Wendt dem sozialdemokratischen Wahlverein das Lokal entzogen hat und diesen damit obdachlos gemacht hat. Das Lokal des Herrn Wendt ist danach nicht mehr als Parteilokal zu betrachten.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen Beleidigung eines Unteroffiziers wurde der Redakteur unseres Parteiblattes in Anhalt Genosse Günther zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Blatt hatte im Dezember v. J. über einen Vorfall auf dem Grotzberg in Jüterbog berichtet. Danach hatte ein Unteroffizier einen Soldaten, der beim Zielen einen Fehler gemacht, längere Zeit mit dem schweren Zielschle Laufschritt machen lassen. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt, das Gericht kam zu dem erwähnten Urteil, weil nicht erwiesen sein soll, daß der Laufschritt — der in Gegenwart des Unteroffiziers ausgeübt wurde — kommandiert worden sei.

— Das Kriegsgericht in Darmstadt sollte Genosse Quard in Frankfurt a. M. durch einen Artikel in der „Vollstimme“ beleidigt haben. Unter der Überschrift: „Sechzehn Jahre Zuchthaus wegen — Unfugs“ hatte er ein Urteil des genannten Gerichts besprochen und darin ausgeführt, daß es sich um Prügeleien gehandelt habe, die im Wesen nicht schlimmer sind als die Nachwächter-Kampfeleien unserer Studenten. Die drei Unbefohlenen hätten nur vergessen, daß sie am Kontrolltag unter Militärgerichtsbarkeit standen.

Der erste Staatsanwalt hatte 500 M. Geldstrafe beantragt, das Gericht erkannte auf Freisprechung.

— Versammlungsfreiheit. In Barmen sollte eine Järber-Versammlung stattfinden. Als die Besucher in das Lokal wollten, fanden sie es geschlossen. Der Revierkommissar hatte den Wirt veranlaßt, das Lokal nicht zu öffnen. Er habe Befehl, die Versammlung zu verhindern, da sie nicht angemeldet sei. Obwohl sie in Wirklichkeit in aller Form angemeldet war und dem Beamten auch die Anmeldebekanntmachung präsentiert wurde, erklärte er dennoch, er halte sich an seinen Befehl!

Die Schöneberger Schülermißhandlung vor Gericht.

Zweiter Verhandlungstag.

In der Schöneberger Schulanangelegenheit wurden gestern die Verhandlungen vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II fortgesetzt. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichts-Direktor Mersheim wird auf Antrag des Angeklagten Vormeng dessen Tochter vernommen, die von dem Lehrer Kahre geprügelt worden ist. Sie sagt aus, daß ihr der Lehrer, als sie eine Frage nicht beantworten konnte, einen Stoß gegeben habe, so daß sie mit dem Kopf gegen die Tafel fiel. Außerdem habe sie Stockschläge über die Hand und den Puls erhalten. Die Zeugin weiß auch noch von starken Prügelungen anderer Schülerinnen durch den Lehrer Kahre zu berichten, und behauptet, daß dieser einmal den Mädchen zugerufen habe: „Was gloyt Ihr mich so an, Ihr Affen!“

Nach endgültigem Schluß der Weisaufnahme nimmt Staatsanwalt Friedheim das Wort. Es sei zur Charakteristik gewisser Kulturanschauungen am Ende des Jahrhunderts hervorgehoben, daß von ihm in Bladoher die Behauptung aufgestellt wurde, der Fall Richard-Fischer sei Gegenstand des unerhörtesten Mißbrauchs durch die Presse geworden. Es sei ja richtig, daß der Dr. Herzfeld sein Urteil dahin abgegeben hat: Tod infolge Bauchfellentzündung (Mißhandlung). Dieses Urteil könne den Angeklagten nicht als Entschuldigung dienen. Es sei bedauerlich, daß der Arzt ein solches Urteil abgegeben habe. Der Staatsanwalt beantragt schließlich gegen Brüning und Vormeng je drei Monate Gefängnis und je 500 M. Geldstrafe, eventuell je 50 Tage Gefängnis, gegen Kresse 200 M. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Hugo Sachs bestreitet entschieden, daß in diesem Falle ein „unerhörter Mißbrauch der Presse“ vorliege, im Gegenteil: es handle sich hier um einen vollständig zutreffenden Gebrauch der Presse, allerdings mit Ausdrücken, die sich von denen bei der Vorentscheidung unterscheiden. Nach Auffassung des Staatsanwalts sei ja in Schöneberg alles aufs Beste bestellt und die Schöneberger Lehrer verdienen eigentlich noch eine Prämie. Nach der Meinung anderer Zeugen dieser Verhandlung habe diese ein durchaus betrübendes Bild entrollt, ein Bild, aus dem sich ergebe, daß in Schöneberg die Prügelung der Schullinder eigentlich immer auf der Tagesordnung stehe.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt, als Vertreter der Rebenkläger, ergänzt und verstärkt die Ausführungen des Staatsanwalts. Gerade in der Jetztzeit, wo man von mancher Seite an allen Inkonventionen rüttelt, sei es doppelt strafbar, bei den Kindern das Gefühl der Achtung vor erwachsenen Personen, vor den ihnen vorgesetzten Lehrern und vor den Behörden zu untergraben. Er halte eine strenge Verurteilung für geboten.

Rechtsanwalt Dr. Halpert: Es mache immer einen komischen Effekt, päpstlicher sein zu wollen, als der Papst. Der Vorredner habe förmlich darin geschwelgt, den Staatsanwalt noch zu übertrumpfen, er habe aber doch die Ergebnisse der Weisaufnahme nicht über den Haufen werfen können. Der Beweis der Wahrheit sei zum größten Teile erbracht worden, die Weisaufnahme habe schreiende Missetände aufgedeckt und mehrere Fälle vorgeführt, in welchen in maßloser und ganz unzulässiger Weise geprügelt worden sei. Der Verteidiger führt dann juristisch aus, daß der Lehrer Richard für den Tod des Knaben Fischer strafrechtlich verantwortlich sei.

Nach sehr langer Beratung verkündete das Gericht das Urteil dahin: Brüning und Vormeng sind der öffentlichen Beleidigung und zwar Brüning in 5, Vormeng in 3 Fällen schuldig und Brüning wird zu 500 M. Geldstrafe event. 50 Tagen Gefängnis, Vormeng zu 300 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Uebrigen sind Brüning der Beleidigung in 10 Fällen, Vormeng der Beleidigung in 11 Fällen, Kresse der Beleidigung in 2 Fällen nicht schuldig erachtet und freigesprochen worden. Dem Rektor Pieple und Lehrer Richard wird die Publikationsbefugnis zugesprochen. Die Kosten werden, soweit Freisprechung erfolgte, der Staatskasse bezw. den Rebenklägern, im Uebrigen den Angeklagten auferlegt. — Was den Fall Richard betrifft, so war ihm keine Veranlassung zur körperlichen Prügelung des Knaben Fischer gegeben. Nach Ansicht des Gerichts hat der Lehrer Richard bei der Prügelung des Knaben allerdings das Prügelungsrecht überschritten, denn die Art und Weise, wie er den Knaben auf die Bank „geschubst“, überschreitet das Maß des Erlaubten.

Allerdings steht der Tod des Fisches in einem mittelbaren Zusammenhang mit dem ganzen Prügelungsakte. Hat Richard, wie es nach der Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde feststeht, widerrechtlich geprügelt, dann muß er auch für die Folgen, die entstanden sind, verantwortlich gemacht werden. Den Angeklagten stand überdies noch das Gutachten des Arztes Dr. Herzfeld zur Seite, von welchem sie Kenntnis erhalten hatten. — Auch bezüglich des Lehrers Kahre hält es der Gerichtshof für erwiesen, daß das Prügelungsrecht überschritten worden ist, wie ja auch die über Kahre verhängte Disziplinarstrafe beweist. Es ist auch erwiesen, daß Kahre auch nach dem Falle der Tochter des Vormeng ein Mädchen mißhandelt hat und der Gerichtshof stimmt der Ansicht des Kreis-Schulinspektors zu, daß eine Prügelung von Mädchen über zehn Jahren überhaupt nicht stattfinden sollte. Was den Angeklagten Kresse betrifft, so hat derselbe nur eine berechtigte Abwehr gegen Angriffe in der Lehrerzeitung veröffentlicht. Wenn die Lehrer sich in eine scharfe Preßfehde einlassen, dann müssen sie sich gefallen lassen, daß ihnen in ebenso scharfer Weise gedient wird. Brüning ist im Sinne des Preßgesetzes für verantwortlich gehalten worden. Die beleidigende Absicht ist bei beiden Verurteilten verneint, dem Angekl. Vormeng an sich auch der Schluß des § 193 zugesprochen worden; nach Ansicht des Gerichts sind aber verschiedene Ausdrücke über die zulässigen Grenzen hinausgegangen. Der Gerichtshof hat für jeden Fall der Beleidigung auf 100 M. Geldstrafe erkannt, in der Erwägung, daß die Artikel doch große Verunreinigung in der Bürgererschaft hervorgerufen haben und die gesammelte Lehrerschaft in einer Weise heruntergerissen worden ist, daß die Lehrer nach dem Zeugnis des Rektors Pieple ihres Lebens nicht sicher waren.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stodarbeiter! Der Tätigkeit des Schirmstofffabrikanten Noa ist es anscheinend gelungen, einen Verband der Cellulosefabrikanten für Berlin zu gründen. Der Verein wird seine Spitze in erster Linie gegen die Arbeiter richten; dem Hauptzweck des Verbandes soll es sein, bei etwa ausbrechenden Differenzen mit den Arbeitern sämtliche im Verband organisierten Unternehmer zum gemeinsamen Vorstoß gegen die Arbeiter zu zwingen. Damit ist also eingetreten, was Herr Noa vor dem Gewerbegericht bereits andeutete.

Darum Achtung, Stodarbeiter! Herr Noa ist der Schlicher der Hausindustriellen Ewert u. Lindblatt und Alphonse Ludwig u. Co., die, wie Herr Noa ebenfalls am 10. März d. J. vor dem Gewerbegericht ausführte, nur 3—4 Arbeiter als Hausindustrielle beschäftigen. Die famose Auspöcherung seiner Arbeiter dürfte sich Herr Noa überlegen, da er mit seinen Arbeitern Verträge abschloß, die 13 Wochen, 28 Wochen und sogar 52 Wochen laufen. Der Vorstand des Verbandes der Stodarbeiter Berlins.

Deutsches Reich.

Die Vertretung der Gewerkschaftskartelle auf dem Gewerkschaftskongress. Diese Frage ist durch ein Zirkular des Münchener Gewerkschaftskartells neu in Anregung gebracht. Schon bei Abhaltung des vorigen Gewerkschaftskongresses stellte das Münchener Gewerkschaftskartell das Verlangen, Delegierte aus diesen Korporationen zuzulassen. Die Generalkommission lehnte es ab, und in diesem Jahre erhielt ein gleiches Gesuch dieselbe begründete Ablehnung.

Daraufhin verbande der Gewerkschaftsverein in München am 13. März 1899 folgendes Zirkular an die Gewerkschaftskartelle: „Werthe Genossen! Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den dritten Gewerkschaftskongress auf den 8. Mai d. J. nach Frankfurt a. M. einberufen. Da in den Einladungen dazu wie mit seinem Worte der Kartelle gedacht wurde, wandte sich der Unterzeichnete mit der direkten Anfrage an den Vorsitzenden der Generalkommission, Genossen Regien, ob Delegierte der Kartelle nicht wenigstens bei den Punkten: „Gewerkschaftskartelle“ und „Arbeitersekretariate“ zugelassen würden. Die Antwort lautete dahin, daß bereits 150 Delegierte von Zentralverbänden auf dem Kongresse anwesend sein würden und daher Vertreter der ca. 250 Kartelle nicht mehr zugelassen werden könnten. Die Frage der Vertretung der Kartelle könne keine Preiswertfrage sein, weil schließlich in den Kartellen, mit wenigen Ausnahmen, dieselben Personen hervorragend tätig seien, die auch in den Zentralverbänden an erster Stelle für ein Kongressmandat in Frage kämen.“

Zur Illustration dieser Behauptung sei die Thatsache angeführt, daß auf dem letzten Kongresse in Berlin mehr als die Hälfte sämtlicher Delegierten allein aus Berlin und Hamburg nebst Umgebung, außerdem aber noch nicht einmal 40 Orte vertreten waren und ganze große Landesgebiete ohne Vertretung blieben. Ferner ist zu berücksichtigen, daß als Delegierte seitens der Zentralverbände in erster Linie die diversen Verbandsbeamten, deren Animosität gegen die Kartelle (rühmliche Ausnahme abgerechnet) bekannt ist, in Frage kommen.

Da die Kartelle jedoch sich in ganz enormer Weise in allen Teilen Deutschlands vermehrt und entwickelt haben, damit beweisend, daß sie trotz aller theoretischen Gegenbeweise einem dringenden Bedürfnisse entsprechen, so dürfte es wohl nicht mehr als recht und billig sein, bei den Verhandlungen über die Kartelle und ihre Schöpfungen — die Arbeitersekretariate — auch die von diesen geforderten Delegierten anerkennen. Um dies zu erreichen, hatte der Gewerkschaftsverein München bereits dem letzten Kongresse ein Monitum vorgelegt, daß jedoch vollständig unbeachtet blieb. Da nun zu erwarten ist, daß bei dem bekannten Einfluß der Generalkommission und der Delegierten von zwei oder drei unverhältnismäßig stark vertretenen Orten auch der bevorstehende Kongress, trotz des extra angefügten achten Punktes seiner Tagesordnung, die Kartelle wieder ganz nebenher abhau wird, so erscheint es doch angezeigt, die Frage zu erörtern, ob die Gewerkschaftskartelle nicht eventuell eine besondere Konferenz einberufen sollen.

Wir bitten Sie, diese Angelegenheit dem dortigen Kartell zur Besprechung vorzulegen und uns umgehend über Ihre Stellung bezüglich dieser Frage eingehend Mitteilung machen zu wollen.“

Es wäre im Interesse der Gewerkschaften zu wünschen, daß das Münchener Gewerkschaftskartell mit seinem Vorschlage, eine besondere Konferenz einzuberufen, keine Unterstützung fände. Denn die Gewerkschaftsbewegung gäbe dadurch wieder einen Anblick der Zerrissenheit und der Sonderbestrebungen, der sehr zu bedauern wäre. Mit Recht hat die Generalkommission eingewandt, daß die Kartelle örtliche Organisationen sind, deren Wirkungskreis ein beschränkter ist. Die eigentliche Vertretung der Gewerkschaften sind ihre Organisationen im Beruf. Wo kommen wir hin, wenn jede Sonderkorporation glaubt, sie müsse Leitung und Führung übernehmen und ihre Kongresse haben. Die Aufwendung der Mittel für solche Zwecke wäre nutzlos und störte die Einheitlichkeit der Bewegung, die wir für die Gewerkschaften recht notwendig haben.

Zum Krefelder Weberaufstand verbreitet die „Köln. Zig.“ die Nachricht, daß der Streik beendet sei. Diese Meldung ist unrichtig. Nur die Firma Peller & Co. machte annehmbare Zugeständnisse und wird dort die Arbeit aufgenommen werden. Im Uebrigen dauert der Streik unverändert fort und sind Hilfsmittel nach wie vor erforderlich.

Der Streik der Maurer und Bauarbeiter in Delmenhorst ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Maurer haben einen Minimallohn von 42 1/2 Pf. pro Stunde erzielt, ausgenommen hieron sind diejenigen jugendlichen Arbeiter, welche noch nicht länger als ein Jahr aus der Lehre sind. Dieselben erhalten nach den Abmachungen einen Minimallohn von 40 Pf. die Stunde. Die Bauarbeiter erhalten in Zukunft einen Lohn von 27—33 Pf. pro Stunde. Die Bauunternehmer erklären, daß alle am Streik beteiligten Arbeiter, soweit eine Nachfrage nach Arbeitskräften ist, wieder eingestellt werden sollen und Maßregelungen nicht stattfinden werden.

In der Versammlung der Zwangsinnung der Tischler in Zwida u siegte bei den Wahlen zum Gesellenausschuß und dem Schiedsgericht die Liste der Holzarbeiter-Gewerkschaft.

Unternehmer-Verbände.

Ueber die Dortmund Kohlenhandlungs-Gesellschaft giebt das „Westfälische Volksblatt“ folgende nähere Angaben:

Der Händler und sonstige Abnehmer kann sich im Allgemeinen zwar die Preise wählen, von der er den bestimmten Teil des Verkaufs beziehen will, aber eine Klausel verpflichtet ihn, für ihn minderwertige Kohlen in einem bestimmten Prozentsatze event. zum selben Preise wie die anderen, mit abzunehmen, wenn er auch erklärt, dafür keine Verwendung zu haben. Die Händler werden einfach zur festgesetzten Zeit an das Dortmunder Bureau bestellt, dort wird ihnen mitgeteilt, was sie haben können; sie sind damit nicht zufrieden, können sie sehen, wo sie anderwärts Kohlen bekommen, d. h. sie können nach Lage der Dinge überhaupt keine erhalten, um ihre Abnehmer zu befriedigen.

Jedem Händler ist sein bestimmter Rahon angewiesen, außerhalb desselben er keinen Zentner verkaufen darf; thut er es dennoch, so hat er für den Doppellader 80 M. Konventionalstrafe zu zahlen, also für die Tonne 8 M. Kein Händler darf Kohlen vertreiben, als solche, die ihm von der Gesellschaft geliefert sind; thut er es dennoch, so hat er für sämtliche Verträge pro Doppellader 5 M. mehr zu zahlen. Ein Beispiel. Als Kohlen für Amerikaner- und Cadd-Oefen sind die Kohlen von der Zeche Langenbrahm in verschiedenen Distrikten sehr beliebt und fast ausschließlich gängig. Langenbrahm gehört aber dem Syndikat nicht an, folglich darf der Händler, der mit der Gesellschaft arbeiten will, die Kohle nicht führen. Wenn er nun einen Kunden einen Wagon Langenbrahm liefert, so hat er nicht etwa bloß für diesen die Konventionalstrafe zu zahlen, sondern für seine Gesamtabschlüsse in allen Kohlenorten. Wenn er also auf 300 Doppellader abgeschlossen hat, muß er wegen dieses einen Waggons nicht weniger als 1500 M. Konventionalstrafe entrichten.

Vereinigung deutscher Gaswerke. Die Vereinigung, der die meisten größten Gaswerke im Westen und Süden Deutschlands angehören, hielt im Februar d. J. zwei Versammlungen ihrer Mitglieder ab, um den Verkaufspreis des Gasloafs für die Zeit von 1. April 1899 bis zum 31. März 1900 festzusetzen. Auf der ersten Versammlung in Frankfurt a. M. wurde beschlossen, für Süddeutschland den Verkaufspreis nicht zu erhöhen, sondern den vorjährigen beizubehalten. Auf der zweiten Versammlung in Essen wurde der Verkaufspreis des Gasloafs für den Versand nach Holland um 0,50 M. für die Tonne erhöht, während der Preis nach dem Ost- und Norddeutschland beibehalten wurde.

Soziales.

Dem Verein zur Errichtung von Volkshäusern für Lungentränke der Stadt Köln wurden von der städtischen Verwaltung in Köln 50 000 M. zum Bau einer Heilstätte überwiesen. Die Kosten für die Anstalt berechnet man auf 300 000 M.

Soziale Rechtspflege.

Bedingte Lösung des Arbeitsverhältnisses. Der Schneidermeister Simon glaubte Grund zu haben, mit dem Schneider H. und R. unzufrieden zu sein. Er sagte deshalb u. a. zu ihnen: „Wenn es Ihnen nicht mehr paßt, dann hören Sie auf.“ Die beiden Gehilfen sahen dies als eine Entlassung an, legten die Arbeit nieder und verklagten Simon beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung. Da R. zweimal nicht zum Termin erschienen ist, wurden die Akten in seiner Sache fortgelegt. Den anderen Kläger wies der Gerichtshof mit seiner Klage ab. Die Kammer I unter dem Vorsitz des Gewerberichters Tschow war der Meinung, daß hier eine Entlassung überhaupt nicht vorliege. Der Beklagte habe die Lösung des Arbeitsverhältnisses von einer Bedingung abhängig gemacht, der nämlich, daß es den Klägern nicht gefalle, bei ihm weiter zu arbeiten. Hiemit habe er es ihnen lediglich freigestellt, ohne vorherige Kündigung die Arbeit aufzugeben. Sie seien somit freiwillig gegangen.

Der Zimmermann Schöppach, der für gewöhnlich im landwirtschaftlichen Betriebe eines Junkers beschäftigt war, wurde eines Tages damit beauftragt, im Schlosse des Gutsherrn Gardinen anzubringen. Bei dieser Arbeit verunglückte Sch. Er stürzte von der Leiter und verletzte sich derart, daß seine Erwerbsfähigkeit auch noch nach Ablauf des Heilverfahrens beschränkt blieb. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, an die sich der Verletzte dann wegen einer Unfallrente wandte, lehnte die Rentengewährung ab, weil ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall nicht vorläge. Das Schiedsgericht als Berufungsinstanz entschied im selben Sinne. Das Gericht führte aus, es sei entscheidend, daß der Kläger nicht im versicherten Betriebe der Landwirtschaft, sondern bei einer nichtversicherten Hausarbeit verunglückt sei. Unerheblich sei, daß der Kläger sonst immer in der Landwirtschaft gearbeitet habe und daß er von seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit nur für kurze Zeit abberufen worden sei, um die Gardinen anzubringen. Den hiergegen vom Kläger eingelegten Rekurs wies das Reichs-Versicherungsamt als unbegründet zurück.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 28. März. (W. T. B.) Niederösterreichischer Landtag. Schluß längerer Debatte über den Antrag des Verfassungsausschusses. Der Landtag erklärt die Zurücknahme der Sprachenverordnungen nicht nur im Interesse der Deutschen, sondern auch Oesterreichs für eine unerlässliche Nothwendigkeit und weist jeden Versuch zurück, die Sprachenverhältnisse auf einem anderen Wege als durch Reichsgesetze, etwa durch den § 14, zu regeln, angenommen, jedoch mit Ausnahme der Stelle, betreffend den § 14, welche abgelehnt wird.

Zernberg, 28. März. (W. T. B.) Blättermeldungen zufolge soll die hiesige technische Hochschule wegen eines Konfliktes zwischen Studenten und Rektor geschlossen werden.

Paris, 28. März. (W. T. B.) Der Kassationshof beschäftigte sich heute mit dem geheimen Dossier. Morgen wird derselbe das diplomatische Dossier untersuchen und sich sodann auf 14 Tage vertagen.

Falmouth, 28. März. (W. T. B.) Der deutsche Dampfer „Willehad“, von Bremen nach New-York unterwegs, lehnte mit gebrochenem Schraubenflügel hierher zurück.

Kopenhagen, 28. März. (W. T. B.) Der Folkething nahm heute mit 73 gegen 28 Stimmen eine Vorlage an, durch welche der Betrag von 100 000 Kronen zur Abwendung eines Kreuzers nach den ostasiatischen Gewässern bewilligt wird. Das Budget für 1899/1900 ist hiermit definitiv angenommen; der Schluß der Reichstags-Session erfolgt morgen.

Amsterdam, 28. März. (W. T. B.) Das holländisch-belgische Korrespondenzbureau verfiel, aus bester Quelle zu wissen, daß die Wiedlung auswärtiger Wälder, wonach der Zusammentritt der Friedenskonferenz wahrscheinlich vertagt werde, unrichtig ist. Ebenso unrichtig ist, daß der Papst zur Konferenz eine Einladung erhalten habe. Dieselben sollen in den nächsten Wochen den verschiedenen Delegierten zugehen.

Belgrad, 28. März. (W. T. B.) Der Preßchef Wilonky erhielt den Befehl, weil derselbe falsche Nachrichten in ausländischen Zeitungen über die Shadowsky-Affäre verbreitet hat. Die Leitung des Preßbureaus übernahm der Sektionschef Wofschovic.

Kommunales.

Die Deputation der städtischen Kanalisationwerke und der Miesfelder hat auf Antrag der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin unter Vorzug des Stadtraths Marggraf beschloffen, dem Magistrat zu empfehlen, den mit der genannten Anstalt wegen Mietung des Schlosses in Gütergoh abgeschlossenen Vertrag bis zum 1. April 1902 unter der Bedingung zu verlängern, daß wenn die im Bau begriffene neue Heilstätte in Veetly früher bezogen werden kann — das Schloß Gütergoh an die Stadt Berlin zur Einrichtung einer Heimstätte schon vor dem 1. April 1902 unentgeltlich abgegeben werden muß.

Die Abhaltung der Charlottenburger Chaussee vom Großen Stern bis zur Reichsbahn wird von der hiesigen Stadtgemeinde noch in diesem Jahre ausgeführt werden. Zu diesem Behufe ist auch die Kanalisation dieser Straße, sowie die Herstellung der Vorfluthaltungen im Großen Sternweg zwischen Charlottenburger Chaussee und Brückenallee und in der letzteren vom Großen Weg bis zum Großen Stern erforderlich. Die Kosten hierfür sind auf 74 500 M. veranschlagt. Dieselben sollen aus dem von der Stadt zur Unterhaltung des Thiergartens abjährlich zur Verfügung gestellten 80 000 M. nach und nach erstattet werden.

Die speziellen Projekte für mehrere Gebäude auf dem Gelände des vierten städtischen Krankenhauses in der Seestraße haben nunmehr die Zustimmung der Krankenhauss- und Bau-Deputation erhalten. Die Projekte betreffen 20 Baracken für innere und chirurgische Krankheiten, die beiden Gebäude für männliche und weibliche Geschlechtskranke und die Futtermauer sowie die Dungsgrube und sind veranschlagt auf 5 186 700 M. Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit denselben in einer ihrer nächsten Sitzungen beschäftigen haben.

Lokales.

Die heute fällige Nummer des „Wahren Jakob“ ist in Berlin nicht eingetroffen; Schneeverwehungen sollen die Ursache sein, daß der Stuttgarter Zug gestern den Anschluß in Leipzig veräumt hat.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß am Charfreitag, den 31. d. M., früh 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverteilung stattfindet. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schönheim, Gräferstr. 8; P. Müller, Gräferstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Lindemann, Moritzstr. 9; Zubeil, Lindenstr. 106; Saff, Markgrafenstr. 102; Kaumann, Blücherstr. 42; Lüdke, Joffenerstr. 10; Riping, Velle-Alianzestr. 74; Wichert, Großbeerenstr. 54; Faller, Pallaststr. 16; Werner, Wilowstr. 59.

Pflicht der Parteigenossen der übrigen Wahlkreise ist es, an dieser Flugblattverteilung, sowie den sonstigen Wahlarbeiten im zweiten Kreise regen Anteil zu nehmen. In allen Fällen ist genügende Legitimation mitzuführen.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Charfreitag eine Herrentour nach Grünau stattfindet. Treffpunkt: Morgens 8 Uhr am Bahnhof Alexanderplatz unter den Kolonnaden. Für Rückzugler bis 2 Uhr nachmittags bei Lindenbahn in Grünau. Um rege Theilnehmung bittet Der Vorstand.

Die nächste Lokalliste wird am 23. April herausgegeben. Mitteilungen über Änderungen und Neu-Aufnahmen sind bis spätestens zum 18. April an Karl Scholz, Wrangelstraße 110, zu richten. Die Lokalkommission.

Die Angelegenheit der Schülermishandlungen in Schöneberg, die zwei Tage hindurch das Gericht beschäftigte, hat den Ausgang gefunden, den man erwarten konnte. Wer schwere Mishandlungen im öffentlichen Leben bekämpft, sei es auch in der lautersten Absicht, hat unter Umständen zu erwarten, daß er selber weit eher auf die Anklagebank kommt, als die Personen, welche die Mishandlungen etwa verschulden. Auch in diesem Falle, wo die Behauptungen der Angeklagten sich als schwer beschämende Thatsachen erweisen haben, ist die Verurteilung erfolgt und zwar wegen Verleumdungen, die im Ausdruck, in der Form begangen sind.

Als ob es überhaupt einen normalen Menschen auf der Welt gebe, der nicht mit Hornworten herein fährt angefaßt solcher Geschwänze wie sie in der Schöneberger Angelegenheit gerichtlich erwiesen wurden! Wo wäre da ein Vater, der sein Kind lieb hätte und nicht „in der Form schlecht“!

Ob die moralisch Schuldigen, die prägelundigen Pädagogen, sich den gestern zu Ende geführten Fall zur Warnung dienen lassen werden? Ob sie, wo das im Kulturbauk Vreuzen nur einmal gültige Recht ihnen im Gebrauch des Wokels einen erstaunlich weiten Spielraum läßt, aus den tief betrübenden Vorfällen heraus, die gestern und vorgestern zur Sprache gebracht wurden, im Interesse ihres eigenen Ansehens lernen werden, sich zu bemeistern?

Wir wollen es hoffen. Wir geben den Herren einen Geleitspruch auf den Weg, den wir vor einiger Zeit in den streng konservativen „Grenzboten“ fanden. Diese Zeitschrift schrieb in einer Betrachtung über Pädagogik: „In einer sächsischen landwirtschaftlichen Zeitung lasen wir neulich einen Artikel über die Erziehung der Wullen. Darin hieß es unter anderem: Vor allem sei darauf zu achten, daß der Wullenknecht und Jüngling fromm werde und bleibe. Deshalb müsse man ihn von Kindheit auf lieblich und freundlich behandeln und dürfe ihm ja keinen rohen Wärtter geben; rohe Wärtter und böse Wullen finde man immer beimammen. Und gestern lasen wir in einer andern landwirtschaftlichen Zeitung Anweisungen zur Erziehung der Füllen. Nicht ermahnen, nicht necken, nicht reizen, nicht ärgern, nur freundlich und sanft anreden, streicheln, Jucken reichen, darauf ließe die Pferdepädagogik hinaus; beobachte man diese Regeln nicht, so bekomme man ein störrisches Pferd, das scheut, das nicht zieht, das ausschlägt und beißt. Wann werden sich die Pädagogen, die mit Menschen umzugehen berufen sind, endlich einmal zur Höhe jener vernünftigen Humanität aufschwimmen, auf der die Pferde-, Rindvieh- und Hundepädagogen und sogar auch die Dressire in den Menagerien schon seit Langem stehen!“

Die Bewegung der Bevölkerung Berlins im Jahre 1898 war, nach den vorläufigen Feststellungen, folgende. (Zur Vergleichung mit dem Vorjahre fügen wir die durch Nachmeldungen vervollständigten Zahlen aus 1897 in Klammern bei.) Geboren wurden 26 329 (26 247) männliche, 24 951 (24 853) weibliche, zusammen 51 280 (51 100) Kinder, und zwar lebend 49 491 (49 327), todt 1 789 (1 773). Es starben (ungetrennt die Todtgeborenen) 16 235 (16 378) männliche, 14 339 (14 244) weibliche, zusammen 30 574 (30 622) Personen; davon waren 10 200 (10 671) Kinder des ersten Lebensjahres. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen stellte sich auf 18 917 (18 708) Personen. Der Ueberschuß war etwas höher als im Vorjahre, weil die Zahl der Geborenen etwas größer, die der Gestorbenen etwas kleiner als im Vorjahre war. Als zugezogen wurden 228 121 (221 458) Personen gemeldet, als fortgezogen 93 800 (94 308) männliche, 80 296 (81 839) weibliche, zusammen 173 596

(176 147) Personen. Der Zuschlag zu den Fortzügen, der wegen der erfahrungsgemäßen Unvollständigkeit der Meldungen gemacht werden muß und seit der letzten Volkszählung auf 18 pCt. der männlichen, 13 pCt. der weiblichen Fortgezogenen festgesetzt ist, beträgt 16 794 (16 975) männliche, 10 439 (10 639) weibliche, zusammen 27 333 (27 615) Personen. Die um den Zuschlag erhöhte Zahl der Fortgezogenen ist 110 094 (111 283) männliche, 90 736 (92 478) weibliche, zusammen 200 830 (203 761) Personen. Der Ueberschuß der Zugezogenen über die Fortgezogenen stellt sich demnach auf 27 291 (17 697) Personen. Der Ueberschuß ist hier bedeutend höher als im Vorjahre, weil die Zahl der Zugezogenen erheblich größer, die der Fortgezogenen kleiner als im Vorjahre war. Geburten- und Wanderungsüberschüß ergeben einen Bevölkerungszuwachs von 46 208 (36 402) Personen. Der Zuwachs von 1898 war fast um 10 000 Personen größer als der von 1897. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl war Ende 1897 1 758 911 und stieg durch den Zuwachs bis Ende 1898 auf 1 805 119. Der Jahresdurchschnitt der Bevölkerungszahl stellte sich für 1898 (begn. 1897) auf 1 777 248 (1 734 802). Die Vergleichung der oben mitgetheilten absoluten Zahlen mit diesem Durchschnitt ergibt für die Bevölkerungsbewegung folgende Verhältniszahlen. Es waren pro Tausend der jahresdurchschnittlichen Bevölkerungszahl: Die Lebendgeborenen 27,85 (28,43) pro Tausend, die Todtgeborenen 1,01 (1,02), die Geborenen überhaupt 28,86 (29,45), die Gestorbenen ohne Todtgeborene 17,20 (17,65), der Geburtenüberschüß 10,65 (10,78), die Zugezogenen 128,36 (127,66), die Fortgezogenen mit Zuschlag 113,00 (117,46), der Wanderungs-Ueberschuß 15,36 (10,20), der Bevölkerungszuwachs 26,01 (20,98). Im Verhältnis zur jahresdurchschnittlichen Bevölkerung ist also von 1897 zu 1898 die Zahl der Geborenen merklich gesunken, der Geburten-Ueberschuß gleichfalls (obwohl auch die Zahl der Gestorbenen etwas heruntergegangen ist). Ferner ist die Zahl der Zugezogenen ein wenig gestiegen, die der Fortgezogenen erheblich gesunken, folglich der Wanderungsüberschüß bedeutend gestiegen. Der Bevölkerungszuwachs ist infolge dessen gleichfalls (wiewohl der Geburtenüberschüß geringer geworden ist) beträchtlich gestiegen.

Gegen die Erwerbsarbeit der Schuljugend hat sich, unter gewissen Vorbehalten, die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege erklärt, nachdem sie in ihren letzten drei Sitzungen einen diese Frage behandelnden Vortrag des Gemeindegesundheitsrats Dr. Janke gehört und darüber diskutiert hatte. Herr Janke meint, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Rothlage der Eltern nicht zu beseitigen sei, und auf die gegenwärtige Organisation des öffentlichen Schulwesens, die eine Beaufsichtigung und Beschäftigung der in der unterrichtsfreien Zeit sich selbst überlassenen Kinder durch die Schule ausschließe, sei es zur Zeit nicht möglich und auch nicht zweckmäßig, die Erwerbsarbeit der Kinder ganz zu beseitigen, und es sei auch an sich nicht zu verwerfen, wenn die Jugend in verständiger Weise zur Erwerbsarbeit herangezogen werde. Er will diese aber nur dann zulassen, wenn dadurch die körperliche und geistige Entwicklung nicht beeinträchtigt, dem Kinde der Segen des Schulunterrichts nicht vermindert und das Kind nicht sittlich gefährdet wird. Er fordert gesetzliche Einschränkungen in Bezug auf Zeit und Art der Arbeit, Alter des Kindes u. s. w. und empfiehlt daneben Belehrung der Eltern durch Schule und Gemeinde-Organen, eventuell Einschreiten der Polizei. Als Hauptfache bezeichnet er schließlich die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der ärmeren Bevölkerung. Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege stellte sich aus Gründen der Hygiene auf Herrn J.'s Standpunkt. Es wurde vorgeschlagen, keine Resolutionen zu fassen, aber dem Berliner Magistrat einen Auszug des J.'schen Vortrages zu übersenden. Dem Magistrat sei dabei anheimzustellen, sich mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu setzen, um eine ähnliche Verordnung über die Erwerbsarbeit der Kinder herbeizuführen, wie sie in Spandau besteht. Zu diesem Vorschlag bemerkte Stadtrath Marggraf, eine solche Anordnung werde gewiß auf fruchtbaren Boden fallen; bis jetzt sei von den städtischen Behörden noch nichts in der Sache gethan worden. Herr Janke erinnerte daran, daß die Berliner Stadtverordneten-Versammlung sich schon im Oktober 1897 mit einem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten beschäftigt habe, der ebenfalls forderte, daß der Magistrat mit der Polizei über den Erlaß einer die Kinderarbeit einschränkenden Verordnung verhandeln solle. Darauf erwiderte Herr Marggraf, ihm sei nicht bekannt, in welchem Stadium sich die Sache jetzt befinde, ob sie bei der Gewerbe-Deputation oder bei der Schul-Deputation sei. Die Versammlung nahm dann den Vorschlag an.

Die städtischen Krankenhäuser haben 1897/98 (begn. 1896/97) neu aufgenommen: 12 829 (12 666) Männer, 1650 (1437) Frauen, 9517 (8939) Kinder, 1406 (1304) Mädchen, zusammen 25 402 (24 346) Kranke, davon die Anstalt am Friedrichshain 9062 (9102), die Anstalt in Roabit 7925 (7361), die Anstalt am Urban 7939 (7833), die erst gegen Schluß des Berichtsjahres eröffnete, nur für Frauen bestimmte Anstalt Gitschinerstraße 476 Kranke. Von den Aufgenommenen wohnten 2748 (2678) = 10,8 (10,6) pCt. außerhalb Berlins, die meisten aber in den direkt angrenzenden Vororten, namentlich in Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf, Stummelsburg, Friedrichsberg, Weichensee. 9829 (9820) Aufgenommene waren Mitglieder von Krankenkassen und Versicherungsanstalten, 1251 (1073) davon wohnten außerhalb. Mit den als Bestand aus dem Vorjahr übernommenen Kranken stellte sich die Zahl der überhaupt behandelten auf zusammen 27 371 (26 258), davon in den Anstalten Friedrichshain 9751 (9755), Roabit 8637 (8058), Urban 8507 (8445), Gitschinerstraße 476 Behandelte. In der Anstalt Roabit kommt die Wirkung der dort im Vorjahre erfolgten Errichtung einiger neuer Baracken in einer bedeutenden Steigerung der Frequenz zum Ausdruck. In den drei Hauptanstalten erforderte die Behandlung zusammen 700 945 (689 840) Verpflegungstage. In den Anstalten Friedrichshain und Urban ist die durchschnittliche Verpflegungsdauer pro Kranken von 25 auf 24 Tage gesunken, in der Anstalt Roabit ist sie von 28 auf 29 Tage gestiegen. Gestorben sind 3688 (3604) Kranke, 18 1/2 (13 1/4) pCt. aller Behandelten.

Ueber die neuen Krankenhäuserbauten, die Charitee und das vierte städtische Krankenhaus, sprach am Montag in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege der Direktor der Charitee, Herr Spinola. Die Charitee wird nach ihrer Fertigstellung, zu der im ganzen zehn Jahre erforderlich sein werden, ein Terrain von über 13 1/2 Hektar (rund 62 Morgen) bedecken. Die Kosten des Neubaus sind auf etwa 10 1/2 Millionen Mark veranschlagt (mitgerechnet den Werth dessen, was von den älteren Bauten stehen bleiben und von dem alten Inventar weiter benutzt werden soll), jedoch auf jedes der 1247 Betten, über die die Charitee dann verfügen wird, etwa 8400 Mark Baukosten kommen. Das Terrain des mit 1650 Betten auszustattenden städtischen Krankenhauses umfaßt 27 Hektar (rund 106 Morgen), und die Baukosten sind hier auf über 13 Millionen Mark veranschlagt, so daß auf jedes Bett beinahe 8000 Mark kommen. Nicht man noch den Werth des Grund und Bodens in Betracht und rechnet dafür bei der Charitee etwa 13 Millionen Mark, bei der städtischen Anstalt 13 1/2 Millionen Mark so erhöht sich die Kosten pro Bett bei der Charitee auf 18 500 M., bei der städtischen Anstalt auf 16 000 Mark.

Berliner Geschäfte vor zweihundert Jahren. Angesichts der glänzenden Ausstattung, die der moderne Kaufmann seinem Geschäft

zu geben versteht, kann man sich von dem Zustande der Berliner Verkaufsräume zu Anfang des 18. Jahrhunderts kaum noch eine Vorstellung machen. Der ganze Detailhandel wurde damals in Buden betrieben, die in den verschiedenen Straßen zerstreut lagen. Da sie dem Verkehr ungeschwer hinderlich waren, beschloß man, sie zu entfernen und den ganzen Handel auf die — Brücken zu verlegen. 1738 wurden auf der Spittel-, Jäger-, und Potsdamer Brücke, die damals zwischen den Häusern Friedrichstraße 83 und 100 über einen Spree-Arm führte, hölzerne „Boutiquen“ oder Krambuden errichtet. 1739 erhielten die Friedrichsbrückischen Fischer, Gärtner und Schlächter den Befehl, ihre Verkaufsstände bei der „Sendarmen-Wache“ abzubauen und dafür die „Boutiquen“ auf der Jägerbrücke zu beziehen, desgleichen forderte man Mietzlustige auf, sich behufs Uebernahme von Buden im Rathhause zu melden. Der Mietzins betrug bloß 12 Thaler jährlich, trotzdem fanden sich wenige Liebhaber; auch als der Magistrat die Gewerkschaftsvorstände anging, die Boutiquen mit Meistern zu besetzen, traf er wenig Entgegenkommen. Die Handschuhmacher erklärten, die Buden nicht brauchen zu können, man möge sich an die französischen Handschuhmacher halten, die würden „wohl am besten zur Ausfüllung solcher Buden im Stande sein.“ Die Kradler erjuchten ebenso höflich wie bestimmt, „gewisse Pflichten“ dahin zu verweisen, auch die Jünglinge bedauerten sich „ganz gehoramt“ für die „Annehmung“ auch nur einer der Boutiquen. Von denen der Jägerbrücke kann der Magistrat denn auch 1742 berichten, daß sie gar keinen Nutzen gebracht. Die Mietzler waren einfach — gerüdt. Auf der Spittelbrücke sah es nicht besser aus. Der Vergmann Kaleri, der dort sein künstliches Vergwerk zeigte, hatte allerdings 10 Thaler Miethe auf Abschlag bezahlt, auch die Schauspieler Rufe und Richter hatten einen resp. zwei Thaler Miethe entrichtet, die Uebrigen — nichts. Auch als der Magistrat allen denen, die die Buden auf ihre Kosten „in baulichem Besen“ erhalten wollten, durch öffentlichen Aufruf dreijährigen Mietzlerlaß zusicherte, fanden sich keine Abnehmer. Der Aufruf wurde dreimal wiederholt, stets mit dem gleichen Mißerfolg. 1747 brachten die 24 Buden der Spittelbrücke in anderthalb Jahren nur 64 Thaler Miethe ein, die der Jägerbrücke sogar nur 17 Thaler. 1777, als die Spittelbrücke von Contard mit den heute noch stehenden Kolonnaden geschmückt wurde, gingen die Boutiquen ein. Dasselbe war 1784 mit der Jägerbrücke der Fall. Die Potsdamer Brücke war bereits 1740 weiter hinausgerückt worden.

8000 Meter über der Erde. In der gestern Abend stattgehabten Sitzung des Deutschen Luftschiffer-Vereins gab Herr Dr. Sähling vom hiesigen meteorologischen Institut einige interessante Mittheilungen über seine am vorigen Freitag unternommene Fahrt, bei der er die Höhe von 8000 Metern erreichte und eine Kälte-Temperatur von 48 Grad Celsius beobachtet hat. Am genannten Tage erfolgte nämlich eine internationale Ausfahrt, und zwar von Paris, Berlin, Wien, Straßburg, Petersburg und London. Man erhofft aus den gegenständig gemachten Untersuchungen ein für die Luftschiffahrt wichtiges Material zu gewinnen. Als tiefster Luftdruck haben sich 251 Millimeter ergeben, also etwas weniger als ein Drittel des Luftdruckes, wie er auf dem Erdboden herrscht. Der Aufstieg dauerte bei dem ersten 1500 Metern 15 Minuten, bei den nächsten 1000 Metern 9 Minuten etc. bis 6200 Meter; etwa gegen 11 Uhr, also nach ca. 2 1/2 Stunden, waren die 8000 Meter erreicht. Die Erde war mit Wolken dicht bedeckt. Eine halbe Stunde lang schwebte der Ballon in der angegebenen Höhe. Da der Ballon weder eine Reizung zum Heden noch zum Fallen zeigte, versuchte Dr. S., das festgestorene Ventil zu ziehen, was mit Mühe verbunden war. Erst nach einer halben Stunde wurde das Pfeifen des Gases gehört; dann kam der Ballon etwas ins Fallen, so daß sich der Ballon also über eine volle Stunde in der höchsten Höhe befunden hat. Gegen 3 Uhr wurde der Ballon zum Fallen gebracht; er kam ca. 10 Kilometer von der Stadt Landsberg, etwas südlich von Königsberg, zur Erde. Um den Leuten, welche bei der Landung behilflich waren, eine Aufmerksamkeit zu erweisen, wollte ihnen Dr. S. eine Flasche Portwein zum Trinken geben, doch war der Inhalt total eingefroren und mußte erst aufgethaut werden. Das Befinden des Luftschiffers war in der höchsten Höhe ein gutes, nur zeigte sich ein Schwächegefühl im Magen. Dr. S. hatte ziemlich früh mit der Sauerstoffatmung begonnen und den Schlauch ziemlich fortwährend im Munde.

Unterhaltungskosten der städtischen Krankenhäuser. Im Jahre 1897/98 betragen in den städtischen Krankenhäusern am Friedrichshain, in Roabit, am Urban, in der Gitschinerstraße die gesammten Ausgaben zusammen 2 304 050 M., pro Tag und Kranken 3,20 M. Nach Abzug der geringen Einnahmen aus der Anstaltswirtschaft (15 766 M.) ergab sich eine Mehrausgabe von 2 288 284 M., pro Tag und Kranken 3,17 M. Rechnet man die Zinsen für Grundeigenthum und Inventar mit 595 010 M. hinzu, so stellen sich die Selbstkosten der Gemeinde auf 2 883 294 M., pro Tag und Kranken 4 M. Zieht man dagegen die im Jahre 1897/98 eingegangenen Erstattungen auf Kur-, Verpflegungs- und Verbringungskosten ab (787 817 M.), so bleiben ungedeckt und sind von der Gemeinde zu tragen 2 095 477 M., pro Tag und Kranken 2,91 M.

Beim Umzug gedenkt der Briefträger! Wer vor dem Umzug seinen Briefträger (Post und Paketfahrt) oder noch besser dem Postamt bezw. Paketfahrt-Bureau, zu dem er bisher gehört hat, seine neue Wohnung angiebt, der erspart den ohnedies geplagten Briefträgern viel Mühe und unnützes Treppensteigen und erreicht zugleich für sich selber eine sichere und schnelle Bestellung seiner Postfachen.

Ueber einen vom Kaiser angeordneten begehrten Empfang berichtet die „Staatsb. Ztg.“: Ueber eine weitere Ehrung des heldenmüthigen Kapitäns Schmidt und der Besatzung der „Vulgaria“ durch den Kaiser wird uns aus Hamburg folgendes gemeldet: Auf besonderen Befehl des Kaisers wird sich zum Empfang des dieser Tage von Punta Delgada nach Hamburg in See gegangenen Dampfers „Vulgaria“ die Kapelle des Garde-Kürassier-Regiments nach Hamburg begeben, um dem Schiffe und seiner heimkehrenden heldenmüthigen Besatzung einen begehrten Empfang zu bereiten. Sollte die „Vulgaria“ noch im Laufe der Charwoche auf der Elbe eintreffen, so wird sie, da in der Charwoche öffentliche Musikaufführungen vollständig verboten sind, einstweilen vor Drunshausen liegen bleiben und erst am Ostermontag nach dem Hamburger Hafen abdampfen.

Solange wird dann die Begeisterung pausen müssen.

Ein neuer Charakter. Der Sekretär des deutschen Bühnenvereins, Max Sachs, hat den Charakter als Theater-Rath erhalten. Früher wurden die verdienten Leute ohne Unterschied der Branche Kommissionsrath. Jetzt würdigt man den besondern Verusch. Herr August Ederl mag nunmehr darauf rechnen, demnächst Zeitungsrath zu werden.

Akademische Bildung. Aus akademischen Kreisen wird bei „Volksz.“ geschrieben. Wenn man das Treiben unserer „goldenen Jugend“ genügend kennzeichnen will, kann man nicht immer nur Dinge berichten, die gar zu offen nicht zu beleidigen vermögen. Es ist vielleicht gut, wenn einmal öffentlich auf das Maß von Bildung hingewiesen wird, mit welchem gewisse angehende Vorläufer für Religion, Sitte und Ordnung schon jetzt ihre Entrüstung über Judentum und Sozialdemokraten Ausdruck zu verleihen pflegen. In den Mäulichkeiten unserer Universität, die man allein zu besuchen pflegt, streifen die Wände von Inschriften, im Sinne des Pädagogen „drehscht, drehscht“ gehalten, nur daß sie noch etwas jugendlich berber und weilt anonum, frei von jeder Rücksicht auf das Strafgesetzbuch sind. Auch Ausdrücke positiver Bewunderung für die Helden à la

Waldwardt fehlen nicht dazwischen, wie „Hoch Bäder“, „Hoch Städer“! Es ist jedenfalls ein Ziel, des höchsten Ehrgeizes würdig, an solchen Stellen verweilt zu werden. Was sagen die Herren wohl zu dieser Sorte von Bewunderern?

Das Denkmal medizinischen Konkurrenzweibes. Der Aufruf der Hallenser Klinikisten zum Frauenstudium, der von der Fakultät eine scharfe Abweisung erfahren hat, ist zwar nicht am schwarzen Brett der hiesigen Universität erschienen; in Kliniken und Krankenhäusern ist er dagegen angehängt worden und auch heute noch zu lesen.

Einen Steckbrief hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I hinter den Räuber Wittig erlassen, der die Wittive Burdach und ihren Enkel in der Ritterstraße zu ermorden versuchte.

Wegen arger Ausschreitungen ist gestern ein anscheinend geistesgestörter Mann eingeliefert worden. Seit geraumer Zeit wurden in der Luisenstadt und zwar in der nächsten Nähe des Michaelisplatzes Damen von einem Menschen angegriffen, der ihnen hinterwärts eine Flasche Linte oder Salzsäure über die Kleider goß. Die Festnahme des Uebelthäters wollte in keinem Falle gelingen. Gestern nun passierte eine Dame die Schmidstraße nach dem Michaelisplatz, als sie plötzlich ein sonderbares Brennen und Jucken im Rücken fühlte. Sie griff instinktiv nach hinten und fühlte zu ihrem Schrecken, daß ihr neuer Umhang feucht war. Bei näherem Zusehen mußte sie gewahren, daß sie mit Salzsäure überschüttet worden war. In demselben Augenblick schrie ein Junge: „Madonnen, dort ist er!“ und man sah einen älteren Mann in Arbeiterkleidung einen Korb, den er trug, bei Seite werfen und die Flucht ergreifen. Passanten nahmen die Verfolgung auf und trieben den Flüchtling einem des Weges kommenden Schuttmann in die Arme. Dieser war nicht wenig erstaunt über seinen Arrestanten; denn er erkannte in ihm den Portier D. des Hauses Schmidstraße 2A, in welchem das 55. Polizeirevier untergebracht ist. Auf der Polizeiwache benahm sich der Verhaftete aber so sonderbar, daß der Verdacht aufstach, man habe es mit einem Geistesgestörten zu thun. Der hinzugezogene Polizeiphysikus begutachtete in diesem Sinne, indem er gemeinschaftliche Geisteskrankheit annahm. Auf seine Veranlassung wurde der Patient nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht. D. hat seine Erregung gewöhnlich spät Abends verübt. Während seine Familie schlief, erhob er sich und führte die Angriffe auf Frauen und Mädchen aus.

Ein Einbruch ist in der Privatwohnung des Schankwirts Karl Risch verübt worden, der Gartenstr. 10 ein Schankgeschäft hat und im Seitenflügel des Hauses wohnt. Die Diebe erwischten etwa 180 M. an Baargeld; ein Verlust, der um so schlimmer empfunden wurde, als sie die Spaarpfennige der Ehefrau des Gastwirts waren.

In den Milchvieh-Beständen der Molkereibesitzer Hingge, Stendalerstr. 6, und Thubla, Reue Hochstr. 23, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Verhaftung eines Berliner Desbandanten. Ein junger Handlungsgehilfe aus Berlin, der nach Unterschlagung einer größeren Geldsumme flüchtig geworden war, wurde in Posen auf ganz eigenartige Weise festgenommen. Er hatte dort mit drei ihm bis dahin unbekannt gebliebenen „Freunden“ gezücht und war schließlich derart betrunken, daß ihn seine Kumpane mangels eines Odobachs mittels Drohge nach der Polizeiwache zum Auslöschen seines „Mäufchens“ transportieren mußten. Dort wurde bei Durchsuchung seiner Kleider nach Legitimationspapieren eine Summe von 248 M., sowie das Positivationsbuch des Berliner Geschäftes vorgefunden. Der schnell nächsten gewordenen jungen Mann räumte alsbald die Unterschlagung und Flucht von Berlin ein und wurde natürlich in Haft gehalten.

Feuerbericht. Ein Schornsteinbrand rief die Wehr Montag Abend gegen 6 Uhr nach der Wilhelmstraße 115. Zur selben Zeit erfolgte eine Alarierung nach Kottbuserstraße 63. Hier hatten nämlich Möbel, Betten, Dielen und Deckenverhüllung Feuer gefangen. Ein Rohr mußte zu Löschung dieses bereits weit vorgeschrittenen Brandes in Thätigkeit treten, doch sind die benachbarten Wohnungen nicht in Mitleidenschaft gezogen. Abends gegen 9 Uhr brach Holzmarktstraße 69 in einer Zigarrenfabrik im dritten Stock ein Schornstein aus, das auf seinen Herd beschränkt werden konnte. — Gegen 10 Uhr war Reue Friedrichstr. 72 durch Entzündung von Spiritus ein Feuer entstanden, zu dessen Bewältigung ein Rohr längere Zeit Wasser geben mußte. Risten und Badmaterialien wurden hier eingedreht. — In der Nacht zum Sonntag wurde die Wehr nach dem Neuen Markt gerufen, wo Müllbehälter Feuer gefangen hatten. — Früh gegen 8 Uhr erfolgte ein Ausbruch der Wehr nach Teplitzstraße 16. Hier war im zweiten Stock des linken Seitenflügels in einer Wadestube ein kleines Feuer entstanden, das schnell beseitigt werden konnte. — Plan-Ufer 2 brannten nachmittags 6 Uhr Strohhalm und Risten in einem Keller. Ein Dachstuhlbrand rief die Wehr Abends um 10 1/2 Uhr nach Reichenbergerstr. 138. Altes Hausgerümpel und Bretter standen hier in einer Kammer in Flammen. — Außerdem mußte dann noch nach Ratiborstr. 4 ausgerückt werden. Hier war nämlich in einer Petroleumapparate-Fabrik ein kleiner Brand entstanden, der innerhalb einer Stunde mit einer Schlauchleitung gedämpft werden konnte.

Benzin-Explosion. Gestern Vormittag gegen 9 Uhr wurde ein großer Theil der Feuerwehre nach dem Grundstück Schiffbauerdamm 23 gerufen. Hier wurde nämlich in einem Geschäftsräume eines elektrotechnischen Betriebes in der Nähe eines gehängten eisernen Ofens Benzin abgefüllt. Die gefährliche Flüssigkeit hatte sich entzündet und die Flammen griffen schnell um sich. Gleichzeitig trat eine vollständige Verqualmung der darüber liegenden Kuppelräume ein, so daß die Feuerwehrmänner auf Stiegeleitern vorbringen mußten, um dem Qualm Austritt zu verschaffen. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Nachdem mit zwei Röhren tüchtig Wasser gegeben worden war, konnte nach einstündiger Löscharbeit die Wehr wieder abrücken.

Mit dem Erweiterungsbau des Telegraphenamts in der Spandauerstraße wird Anfang des nächsten Monats begonnen werden. Der Erweiterungsbau des Haupttelegraphenamts in der Französischenstraße wird auch noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden.

Die Geschäftsräume der 8. Polizei-Inspektion werden am 1. April d. J. von der Brückenallee 16 nach der Wandlstr. 21, Ecke der Wirtensstraße, verlegt.

In die hiesige Tollkutschstation haben sich die beiden erwachsenen Töchter des Gastwirts Karpinski aus Müllrich begeben. Die beiden Mädchen waren kurz vor Weihnachten mit ihrer 21 Jahre alten Schwester von einem Hunde gebissen worden, der zwar sofort getödtet, aber nach thierärztlichem Befunde nicht von der Tollwuth befallen war. Jetzt, nach Verlauf eines Vierteljahres, ist nun die Schwester, während sie bei Bekannten in Dresden zu Besuch weilte, plötzlich unter tollwuthverdächtigen Erscheinungen gestorben. Der unglückliche Vater will daher an seinen beiden Töchtern zur Vorsicht die Schutzimpfung vornehmen lassen.

Ein Unfall mit tödtlichem Ausgange hat sich Montag Abend gegen 7 Uhr auf der elektrischen Straßenbahn am Alexander-Platz zugetragen. Ein betagter Mann wollte zwischen der Landberger und der Kaiserstraße den Fußboden überschreiten, glitt jedoch in dem Schmutz aus und kam auf dem Gesichte zu Falle. Ein Wagen der Linie Demminerstraße-Kreuzberg, der nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte, ging ihm über die rechte Schulter. Durch den Sturz hatte sich der Mann am Kopfe bedeutend verletzt, und auch innerlich schien er nicht unversehrt geblieben zu sein. Man brachte den Verunglückten nach der Klinik in der Fiegelstraße; hier starb er schon bald nach seiner Einlieferung. Aus Arbeitspapieren geht hervor, daß der Getödtete ein Glaser Adolf Golisch ist.

Ein großer Juwelendiebstahl ist in der Zimmerstraße 9 verübt worden. Dort sollen der untergehaltene Plebowo, die kürzlich wegen Körperverletzung durch Anstreifen eines Brillant-Ohringes aus dem Ohr einer anderen Person verurtheilt worden ist, Brillanten im Werthe von 10 000 Mark aus einem Schreibpult gestohlen sein. Die Kriminalpolizei steht den Angaben der Plebowo, die sich noch in Haft befindet, skeptisch gegenüber und nimmt an, daß die Juwelen von einer der Plebowos nahestehenden Person in Sicherheit geschafft worden sind. Das Schreibpult, in dem die Brillanten gelagert haben sollen, ist unversehrt festgestellt, daß die Plebowos die Juwelen hier in der Friedrichstraße in einer bekannten Juwelendiebstahl-Gasse hat. Die Kriminalpolizei besitzt auch eine genaue Beschreibung, so daß die Brillanten wohl bald erübt sein werden.

Vasage-Panoptikum. „Die Kreuzfahrer“, das Ballet des italienischen Nationentheaters, wird nur noch bis Mittwoch dieser Woche im Vasage-Panoptikum gegeben. Von Donnerstag ab gelangt das Anstaltungsstück „Excelsior“ zur Darstellung und zwar genau in der Inszenierung des Scala-Theaters in Mailand.

Marktpreise von Berlin. 27. März 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 15,00—15,10 M., Roggen 14,30 bis 14,40 M., Futter-Getreide 13,50—13,80 M. (ermittelt pro Tonne von der Zentralfstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Notizungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelzentner). Hafer, gute Sorte 15,40—14,90 M., Mittel-Sorte 14,80 bis 14,20 M., geringe Sorte 14,10—13,50 M., Weizen 0,00—0,00 M., Gerste 0,00—0,00 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Speisebohnen, weiße, von 50,00—25,00 M., Rindfleisch von 70,00 bis 30,00 M. (Kleinhandelspreise); Kartoffeln von 6,00 bis 4,00 M.; alles per 100 Kilogramm. Mischfleisch von der Keule von 1,60—1,20 M., Rindfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch von 1,60 bis 1,20 M., Kalbfleisch von 1,80—1,00 M., Hammelfleisch von 1,60 bis 1,00 M., Butter von 2,60—2,00 M.; alles per 1 Kilogr. Eier 4,00—2,40 M. pr. 60 Stüd. Fische per 1 Kilogr.: Störchen von 2,20—1,20 M., Aale von 3,00—1,80 M., Bänder von 2,60—1,00 M., Hechte von 2,00—1,00 M., Barsche von 1,80—0,80 M., Schleie von 3,00—1,40 M., Bleie von 1,40—0,80 M., Krebse 60 Stüd 12,00 bis 4,00 M.

Am der Börse schloß Dienstag Weizen 0,50 M., Roggen 0,25 M. höher als Montag. Hafer blieb schwach, Mais konnte sich behaupten. Die Stimmung am Spiritusmarkt war für Volo-waare schwach, umso mehr, als sich Hamburg von neuen Erwerbungen fern hielt. Angeboten waren 108 000 Liter 70er Waare, die mit 30 M. (— 0,20 M.) gehandelt wurden. 50er Spiritus fehlte. Bei ruhigem Geschäft konnten sich Termine ziemlich behaupten. — Kartoffelfabrikate. In Kartoffelmehl 10,75 M., do. Supra 20,50 M., do. Sekunda 17,00—18,50 M. In trockene Kartoffelschälte 19,75 M., do. Supra 20,50 M., do. Sekunda 17,00—18,50 M., do. feuchte 10,30 M.; alles per 100 Kilogramm.

Die 4. hiesige Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Heinersdorferstr. 18, zählt jetzt fast 1000 Schüler. Eine solche Verhältnisse in den verschiedenen Disziplinen unterrichten, die den mannigfachen Wünschen der Schüler Rechnung tragen. Zu den bestehenden Kursen wird mit Beginn des Semesters — 6. April — ein Kursus für kaufmännische Korrespondenz für Handelslehre und Buchführung sowie für Elektrotechnik eingerichtet. Anmeldungen werden täglich von Leiter der Anstalt, Rektor Dugenerger, im Schulhause entgegen genommen.

Strafensperrung. Die Gartenstraße von der Berg- bis zur Invalidenstraße wird behufs Gleisverlegung und Absperrung bis auf Weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Stralau-Rummelsburg. Den Mitgliedern des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins zur Nachricht, daß am Charfreitag eine Fuhrpartie stattfindet. Abfahrt 7 Uhr 58 Min. vom Bahnhof Stralau-Rummelsburg. Rückzügler werden im Lokal von Lindenbühl (Ordnung) erwartet. Regler Beihiligung steht entgegen. Der Vorstand.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in der Sitzung am 27. d. Mts. mehrere Vorlagen des Magistrats, die Entschädigungen für das zu Straßenerweiterungen benutzte Terrain betrafen. Bei der weiteren Vorlage, Nachbevollmächtigung von 17 500 M. zur Herstellung der elektrischen Anlagen für den Neubau des Reformgymnasiums, entsponn sich eine kleine akademische Abhandlung über „Schulhygiene“. Stadt. Kunzly kam nicht begreifen, wie der Magistrat dem elektrischen Licht, das sich verhältnismäßig viel theurer als Gasglühlicht stellt, das Wort reden kann. Er bitte um Ablehnung dieser Forderung und Anschaffung des „Hydrolichs“, welches eine große Zukunft habe. Der Referent Stadt. Wegner bezeichnet die Forderung von 79 Glühlampen für die Direktorwohnung als verschwenderisch und fordert verschiedene Abstriche. Schließlich wird die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Spandauer Schmock hat nunmehr selber seine gestrige Schauerrede widerrufen, indem er den von ihm bedienten Blättern mittheilt, daß der Explosivkörper, durch den in seinem Roman beinahe das Rathhaus in die Luft gesprengt worden wäre, schon lange Zeit im Reichthum gelegen haben müsse. Das Schmock sein Vorgehen gegen die Bauarbeiter bei dem Widerruf mit Stillschweigen übergeht, ist nicht weiter verwunderlich.

Stralau. Der Voranschlag des hiesigen Etats stellt sich für das Jahr 1899/1900 in Einnahme und Ausgabe auf 68 192,97 M. Die einzelnen Positionen haben keine wesentlichen Änderungen erfahren. Auf Beschluß der Gemeindevertretung sind erhöht worden: Das Gehalt des Schulieners und Nachwärters von 1250 auf 1350 M. Die Ausgaben für Unterrichtsmittel von 150 auf 200 M. und für die Volks- und Schülerbibliothek von 150 auf 200 M. Mit Rücksicht auf die Regulierung der Dorfstraße wird der Voranschlag des Etats ergänzt worden. Die Höhe des letzteren läßt sich noch nicht bestimmen feststellen. Die Volksbibliothek ist durch mehrere naturwissenschaftliche Werke ergänzt worden, deren Vermehrung den Einwohnern Stralaus hiermit besonders empfohlen sei.

Durch einen Revolvererschuss in die rechte Stirnseite hat sich in der Kaserne des Lehr-Infanteriebataillons bei Cöche der 88jährige Zahlmeister-Spizant und Feldwebel Otto Bernick aus Potsdam getödtet. Nach seinem Tode fand eine Revision der ihm anvertrauten Kasse und Bücher statt, welche alles in bester Ordnung ergab.

Eine Herabsetzung der Steuern hat zum nicht geringen Vergnügen der Steuerzahler die Stadtverordneten-Versammlung in Beschlusse gelegentlich der Feststellung des Stadthaushalts-Etats beschlossen, und zwar soll die Herabsetzung des Steuerzuschlages bei den Personalsteuern 20 pCt., bei den Realsteuern 25 pCt. betragen. Eine besondere Freude ist auch dem Lehrer und Organisten Karow bereitet worden, dessen pensionsberechtigtes Grundgehalt von der Stadtverordneten-Versammlung um 360 M. erhöht worden ist. Ein weiter gefaßter Beschluß geht dahin, in Zukunft von den fremden Schülfern ein Fremdenzuschlag von 8 M. pro Jahr zu erheben.

Gerichts-Zeitung.

Im Königsberger Sattenmord-Prozess hat am 27. März ein Kolateraltermin auf dem Gute Jöggersdorf stattgefunden, wo die Morbaffäre sich abspielte. Die Angeklagte Frau Rosengart mußte dem Präsidenten in dem Zimmer, wo ihr Mann erdrosselt wurde, genaue Auskunft über die Umstände geben, unter denen die That auf ihrem Gute verübt sein soll. Aus der am Nachmittag wieder aufgenommenen Verhandlung ist die Aussage des Dienstmädchens Minna Men beachtenswert, die bei Adameit, dem Bruder der Angeklagten, in Stellung war. In der Nacht nach seiner Rückkehr aus Helgoland sei Referendarius Wolff, der Bräutigam der Angeklagten, zu Adameit gekommen. Beyterer habe sie gewetzt und ihr befohlen, sie solle sich in der Mittel-

stube an die Thüre stellen und zuhören, was gesprochen werde. Wolff habe gefordert, daß Adameit zur Staatsanwaltschaft gehe und sein Zeugnis widerrufen. Er habe gesagt: „Gehen Sie zu Rechtsanwält Lichtenstein, er wird Ihnen sagen, was Sie zu thun haben. Weiter habe Wolff gesagt, daß Adameit die auf ein Haus eingetragenen 30 000 M. erhalten solle. Aber er möchte sorgen, daß Hanna (Frau Rosengart) bald herankäme. — Präsi.: Das haben Sie alles gehört? — Zeugin: Ja wohl. Ich mag manches überhört haben; was ich gesagt habe, das habe ich aber gehört. Die Eggert sagte zu mir nach der ersten Vernehmung, wenn sie richtig ausgefragt hätte, wäre Frau Rosengart nicht herausgelommen. — Präsident: Weshalb hatte sie nicht richtig ausgefragt? — Zeugin: Ihr hätten die Kinder Leid gethan. — Kriminalkommissar Wolfram, der danach als Zeuge erscheint, bekräftigt auf Befragen über die von ihm vorgenommenen Haus-suchungen. Derselbe bekräftigt im weiteren: Er habe in der Rosengart'schen Wohnung unsittliche Gegenstände schlimmster Art vorgefunden. — Frau Rosengart bemerkt, daß ihr Bruder Adameit diese unsittlichen Gegenstände ihrem Manne gebracht und damit „Anstus“ gemacht habe. — Adameit bemerkt auf Befragen: Diese unsittlichen Gegenstände habe er einmal von einem „Herrenabend“ mit nach Hause gebracht, dieselbe habe eines Tages die Angeklagte mitgenommen. — Die Angeklagte erklärt dies als Lüge. — Die Frage des Verteidigers, Justizrath Dr. Sello, ob es wahr sei, daß er wegen strafbaren Eigenmuths bestraft worden sei und deshalb die im Jahre 1883 innegehabte Schankkonzession verloren habe, weil der Verdacht bestand, er werde das Schankgewerbe zur Völlerei, Unzucht oder verbotenen Spiel mißbrauchen, verneint der Zeuge: Er habe nur einige Polizeistrafen erlitten und es sei deshalb das Verfahren wegen Entziehung der Schankkonzession gegen ihn eingeleitet worden. — Verteidiger Justizrath Dr. Sello: Welches Ergebniß hat dies Verfahren gehabt? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr. — Verteidiger: Also das wissen Sie nicht mehr? — Zeuge: Nein.

Eine Erklärung des bekannten polnischen Abgeordneten Josef von Koscielski, welche er im Frühjahr v. J. in preußischen Herrenhaus abgab, bildete den Ausgangspunkt einer Privatbeleidigungssache des Rittersgutbesizers, Majors a. D. v. Tiedemann-Seehelm (Posen) gegen den Redakteur Ludwig Reymann vom „Kurzer Bognonski“, welche gestern die 149. Abtheilung des Amtsgerichts I unter Vorsitz des Richters v. Kropff beschäftigte. In der unter verantwortlicher Redaktion des Beklagten erschienenen Nr. 95 des „Kur. Bogn.“ vom 27. Mai v. J. war ein Artikel unter der Ueberschrift „Unrecht“ erschienen, in welchem es ungefähr hieß: „In seiner Rede, die er vor kurzem im Herrenhause gehalten, habe Herr von Koscielski ausdrücklich erklärt, daß die Behauptung, er sei der Autor des in den „Preussischen Jahrbüchern“ erschienenen, mit L. E. unterzeichneten Artikels, unrichtig sei. Trotz dieses unzweideutigen Widerspruches habe Herr von Tiedemann die Stirn, ihm absichtliche Lügen vorzuwerfen, denn in einem Artikel der „Ostmark“ halte er die Behauptung aufrecht, daß jener der Verfasser des L. E.-Artikels sei. — Wegen dieses Vorwurfs strengte Herr von Tiedemann die Privatklage gegen Reymann an, während dieser wegen des Artikels in der „Ostmark“ Widerklage erhob. Der „Ostmark“-Artikel begann mit den Worten: „Die heutige Auffassung der polnischen Presse... ist das Erzeugniß einer jahrelang betriebenen systematischen Verheugung.“ — Herr v. Koscielski, welcher in Dresden vernommen worden ist, bekräftigt, er habe im Herrenhause nur erklärt, daß er nicht der Verfasser eines in den „Preussischen Jahrbüchern“ erschienenen Artikels mit der Ueberschrift: „Ob die Verwaltung der Provinz Posen durch die Anstellung polnischer Beamter zweckmäßig ist,“ sei; auf den mit L. E. unterzeichneten Artikel habe sich seine Erklärung nicht bezogen. — Der klägerische Vertreter, Rechtsanwält Wagner, beantragte die Verurteilung, obwohl die beleidigenden Worte nicht so groblich seien, wie sie sonst gegen den H. R. T.-Verein gebraucht würden; aber den wiederholten Verleumdungen müßte entgegengetreten werden. Der Beklagte sei auch schon wiederholt bestraft, so zum Beispiel mit 200 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung desselben Privatklägers; die Strafen würden wohl von anderer Seite bezahlt — der Beklagte beziehe nur ein Monatsgehalt von 40 M., deshalb rechtfertige sich eine Strafe, die den Betroffenen selbst treffe. Was die Widerklage anbetreffe, so richte sich der Artikel der „Ostmark“ garnicht gegen den Beklagten; eventuell wolle er den Wahrheitsbeweis antreten. — Der Verteidiger, Rechtsanwält Pöbker beantragte prinzipieller die Freisprechung des Beklagten. Das Wort „unrecht“ sei in der Presse keine Verleumdung, ebensowenig wie der Ausdruck „er hat die Stirn.“ Im Uebrigen handle es sich hier um Kämpfe, bei denen nach seiner und sehr vieler anderer Meinung die Polen die Angegriffenen seien. Früher sei eine andere Politik verfolgt worden, unter Caprioli habe eine verschönlchte Politik geherrscht. Der H. R. T.-Verein verdanke sein Dasein nur den Bestrebungen des Fürsten Bismarck. Er wolle diesem seinen Vorwurf dar-machen und nehme nicht an, daß dieser wider besseres Wissen und in persönlichem Interesse gehandelt habe; aber er habe einen Mißgriff gethan. Das Urtheil lautete: Was die Widerklage anbetreffe, so erachte der Gerichtshof eine Verleumdung des Beklagten nicht für erwiesen; die betreffenden Äußerungen enthielten überhaupt keine Verleumdung; es sei dort nicht gesagt, daß die heutige polnische Presse Verheugung betriebe, sondern nur, daß sie eine Form jener Verheugung sei. Was die Privatklage anbelange, so sei nach der erfolgten Vernehmung kein Zweifel daran, daß Verleumdungen vorlägen. Mit Rücksicht aber auf die Kompensationsstimmung und darauf, daß der Beklagte vor der Vernehmung des Herrn v. Koscielski nicht recht gewohnt hat, wie die Sache sich verhielt, sei auf 100 M. Geldstrafe und Publikation im „Kurzer Bognonski“ erkannt worden.

Mißhandlungen im hiesigen Armenhause zu Leipzig. Vor der II. Strafkammer des Landgerichts Leipzig hatte sich am Montag die Krankenwärterin Marie Auguste Eichhorn wegen Mißhandlung von Armenhausinsassen zu verantworten. Die Sache war von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Februar zur Sprache gebracht worden. Die Eichhorn war seit Februar 1897 im hiesigen Armenhause als Wärterin angestellt, kam aber am 15. Dezember vorigen Jahres nach dem Armenhause am Täubchenweg als Krankenpflegerin und ist am 27. Januar dieses Jahres entlassen worden. Ihr wird zur Last gelegt, die am 29. Januar im Armenhause verstorbenen 70 Jahre alte Insassin Datemask fast täglich geschlagen und geohrfeigt zu haben, ferner ihr die vernünftigsten Unterlagen ins Gesicht gerieben und sie gegen den Nachstuhl gestossen zu haben. Am 20. Januar endlich soll sie die D., während sie im Bade war, mit kaltem Leitungswasser über Brust, Kopf und Rücken gegossen haben. Von den anderen Insassen soll sie weiter die altersschwache, 65 Jahre alte Frau Schumann und die 70jährige Frau Viebig wiederholt geschlagen und geohrfeigt und ihnen die nasen Unterlagen ins Gesicht gerieben haben. Die Angeklagte erhielt ein Jahr Gefängniß. Der Anstaltsarzt hatte, trotzdem er jeden Tag die Krankenabtheilungen der Anstalt besuchte, nie etwas von Mißhandlungen vernommen.

Der „Gipschulzen-Prozess“ vor dem Tribunal des Kammergerichts. Wie erinnert, wurden vor etwa anderhalb Jahren die beiden Königgrätzerstr. 35 wohnenden Frauen Schulze, Stiefmutter und Stieftochter, unter entsetzlichen Umständen ermordet, während es den Thätern, muthmaßlich Schuhmacher Götzsch und dessen Frau, bis jetzt gelungen ist, sich der Gerechtigkeit zu entziehen. Ueber den bedeutenden Nachlaß der beiden Frauen, die sich testamentarisch gegenseitig zu Erben eingesetzt hatten, ist nun ein Erbschaftskreuz zwischen den Anverwandten der beiden Ermordeten, die, wie erwähnt, miteinander nicht blutsverwandt waren, entstanden, und es war Sache des Gerichts zu entscheiden, wer von den beiden Renten zuerst getödtet worden war und welche demgemäß die andere überlebt und beerbt hätte. Dafür, daß die Stieftochter erst später dem Mörder zum Opfer gefallen ist, spricht der Umstand, daß sie bei Auffindung der beiden im Keller vergrabenen Leichen mit einem Strahlenkleid angethan war, so daß man erwarten kann, daß sie erst nach vorangegangener Ermordung ihrer

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 29. März.
Opernhaus. Regina oder: Die Marabente. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius César. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Abschied vom Regiment. Hieranf: Die Erziehung zur Ehe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Soja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schlafwagen - Kontrollant. Vorher: Zum Einsteiger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Hexenmeister. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Der wilde Meier. Hieranf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die große Glocke. Anfang 8 Uhr.
Westen. Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Registrator auf Reisen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ensen. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Selle-Milance. Ostel Bräutigam. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schlimme Saat. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Hieranf: Genschel. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon.
Jubiläumstrasse 57/58. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Neu-Palais. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Mittwoch, Abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Die grosse Glocke.
Lustspiel.
In 4 Akten von Eduard Stenmetz.
Donnerstag, Abends 8 Uhr:
Die grosse Glocke.
Freitag (Charfreitag): Geschlossen.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel
In 5 Akten von Georges Ohnet.
Donnerstag und Freitag: Geschlossen.
Sonabend zum 1. Male:
Nach berühmten Mustern.
Posse mit Gesang in 4 Akten von E. Reffin. Musik von G. Gollin.

Central-Theater

Direktion: José Feronczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 5 Akten und einem Vorspiel von Sturges und Erdmann.
Musik von Ed. Audran.
Morgen: Die Puppe (La Poupée).
Charakteristisches Lustspiel.
1. Osterfeiertag Nachmittags zu 11. Preisen:
Der Bettelstudent. Max Keller's G.
2. Osterfeiertag Nachmittags zu kleinen Preisen:
Der Obersteiger. An allen drei Feiertagen Abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe (La Poupée)

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstrasse 132.
Schlimme Saat.
Schauspiel in 4 Akten v. Otto Bischof. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. Vorzugsbillets hab. Willigkeit.
Morgen, Donnerstag: Dieselbe Vorstellung. Freitag und Sonnabend geschlossen. — Sonntag zum 1. Male:
Die Bulgaria. Gr. sensationelles Ausstattungsspiel mit Gesang in drei Akten (11 Bildern) v. Hans Buchholz. Gesangsterte von F. Dell. Musik von M. Fall. Sonntag: Schlimme Saat.
Montag Nachmittags 3 Uhr: Der Brandstifter. Dienstag (keine Preise): Schlimme Saat.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Den größten Erfolg der Saison hat das Berliner Hoftheater
Johann Gentschel.
Titelrolle: Direktor Wilhelm Frödel. Seine Tochter: Helene Boh.
Dazu das unübersehbare, erste Kaffeehaus, neue, riesengroße
Spezialitäten-Programm
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Holbig Trio.
Turner am hohen Luftapparat.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr. Billets-Vorb. Vorm. v. 11-1 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Um 4 Uhr: Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen:
Im Hörsaal:
Herr G. Witt: „Die Sonne“,
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Heute
2. Vorstellungen
um 4 u. 6 1/2 Uhr.
Die Kreuzfahrer.
Großes Ballet von 500 künstlerischen Menschen.
Entree heute 25 Pf.

Castan's Panopticum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Der Registrator auf Reisen.
Posse m. Ges. in 7 Bildern (3 Akt.) von H. Arronge und G. v. Rojer. Musik von R. Hjal.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, 1. April: Zum 1. Male:
Der Registrator auf Reisen.
Schwank
in 4 Akten von F. v. Schönthan.

Metropol-Theater.

Brehmstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 14. Male:
Der wilde Meier.
Berliner Landrevue in 7 Akten von Leon Heppinger.
Musik von Franz Wagner.
Hieranf zum 91. Male:
Die Engelsjäger.
Ballet in 14 Bildern von F. Regel und J. Mayer.
Morgen, Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.
Sonabend, den 1. April. **Voranzeige:** Gastspiel des Fr. C. Séverin (Frankreichs größter Primier). Zum 1. Male: Chand d'Habits (Der Kleiderhändler), Minodrama in vier Akten von Camille Mendès, Musik von Jules Bouvalet. **Pierot: Fr. C. Séverin.** Vorher: Reichte Kavallerie. Operette in 2 Akten v. Costa. Musik von Fr. Suppé.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Die Waise aus Lowood.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Donnerstag, den 30. März: Keine Vorstellung.

Apollo-Theater.

Letzte Woche!
Das grossartige März-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ab 1. April:
Bianca-Desroches.
Robert Steidl.
Die Paul Lincke'sche Burleske:
„Ein Abenteuer im Harem“
und 15 neue Debuts.

Circus Busch

Mittwoch, den 29. März 1899:
High-life-Abend. PERSIEN.
Außerdem: Contre-danse zu Pferde, große Quadrille. Die neuen Freiheitsdresuren des Direktors Busch. Auftreten des berühmten Schulkreiters Burkhart-Hoistitt. Gebr. Dousek, die indigen Chinesen. Auftreten der Elite-Akrobaten
Ueberlé Troupe.
Amateur-Konkurrenz-Reiten, 50 R. Prämie etc.
Morgen, Donnerstag, den 30. März, Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**
Am 12. April:
Schluss der Saison.

Wiener Volks-Theater

Dramenstraße 52 (Moritzplatz).
8 Uhr: Unschuldig (Johann Schmalz).
10 Uhr: Das Versprechen hinter'm Herd.

Gebrüder Richter-Theater

37 Lothringer-Strasse 37.
Während der Charwoche bleibt das Theater geschlossen.
Am 1., 2. und 3. Oster-Feiertag:
Vater und Sohn
und
Wie denken Sie darüber?

Concerthaus

Leipzigstr. No. 48.
Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen
Donnerstag, den 30. März:
Letzte Auff. der Herren Fahrman u. Horst.
In Vorbereitung:
Die letzte Fahrt und Italiano Berolin.
Die letzte Vorstellung im Concerthaus vor Abbruch desselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hoff.
Täglich:
Großes Konzert
der Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Gömer und
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des Humoristen Gustav Kluck.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Am zweiten und dritten Feiertag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Elite-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Nummerter Balken 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 150 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.

Mähr's Theater

Cranien-Strasse 24.
Geschlossen!
Am 1., 2. und 3. Oster-Feiertag:
Große Festvorstellung.
Anfang 8 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

F. Scholz' Festsäle

Garten u. gr. Theaterbühne,
Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden **Großer Ball.** Anf. 4 Uhr.
Sonntag: Großer Ball. Entr. frei!
Jed. Montag, Dienstag u. Donnerstag:
Grosser Ball.
Anfang 8 Uhr. Entrée u. Tanz frei!
Auch empfehle meine Solalitäten
Sonabends an Vereine zu Sommerfesten und anderen Vergnügungen.
Auch können Versammlungen abgehalten werden. 11029

Steppdecken

Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmangel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 10632
Dr. Simmel, Moritzplatz,
Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut- u. Paruleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 29. März 1899, Abends 8 1/2 Uhr,
im Etablissement Königshof, Bülowstr. 37:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Eine Antwort auf das ungesetzliche Treiben der Junker im preussischen Herrenhause. 2. Diskussion.
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Otto Antrick.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
210/19 **Das Wahlkomitee.**

Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 30. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Kranz (Victoria-Garten), Badstr. 12:
Öffentliche Versammlung
aller in der Lederfabrikation beschäft. Arbeiter
als Weiberberber, Lohgerber, Lederfärber, Jurichter u. Berufsg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag 2. Stellungnahme zur Internationalen Konferenz.
3. Stellungnahme zum 1. Mal 4. Der Schwarzmann'sche Adressat.
5. Gewerkschaftliches und Berichtendes. 2341b
Kollegen, der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Beim bevorstehenden Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis 0.: Robert Wengels, Fruchtschraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Stollbergstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzweberschraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Schumann, Grünthalstraße 64/65. — **Rosenbrunn Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Rohlfen: Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Rädler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erlstr. 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Koppel Paulusstraße 13, Quergeb. Hochparterre. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: **Nieder-Schöneweide:** Karl Weber, Zigarrengeschäft. **Johannisthal:** Senfieden, Restaurateur. — **Adlershof:** Max Wörb, Weigerstr. 4. — **Friedenau-Steglitz:** F. Bernsee, Rindstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: F. Rohr, Dippelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — **Baum-schulenweg:** Södel, Baumstraße 32, v. III. — **Neu-Weissenau:** Expeditor Heinrich Bachmann, vom 1. April ab Wehberstr. 1, part. links.
Außerdem sind sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Potsdam. Voigt's Blumengarten.

Bei Ausflügen nach Potsdam erlaube ich mir alle Parteilosen, Freunde und Bekannte auf mein in der
Spandauerstrasse 33
(Verkehrs-Haltestelle, in der Nähe des Rauener Thores, ungefähr 10 Minuten vom Parke Sanssouci) belegenes
großes Garten-Restaurant
mit mehreren verdeckten Hallen, Regalbau, 2 Sälen mit Pianinos, mehreren Zimmern aufmerksam zu machen. — Für gute Getränke, als: Potsdamer Stangen, Lagerbier, Münchener, Gräber, Weibler, sowie für kalte und warme Speisen werde ich stets Sorge tragen.
Die berechtigten Vereine bitte ich um vorherige Anmeldung.
Um geneigten Zuspruch bitte
Johann Hahn.

Herren-Garderoben

Sommer-Paletots, Elegante Anzüge
in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge
in schwarz, blau, Rammgarn, Chevot und neuesten Modefarben.
Berufskleidung für alle Gewerke
kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Fruchtstraße.
Spezialität:
Anfertigung nach Maass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Fahrrad-Händler!

Kaufen sämtliche Gardinen, Stores, Steppdecken, Vorhänge, Waffeldecken, Bettvorleger, Tischdecken, Teppiche, Polstermöbel, Tischdecken, gepanzerter Räder sehr vortheilhaft.
Drancienstr. 47, Fahrrad-Artikel en gros. 5332
Betten Gardinen, Stores, Steppdecken, Vorhänge, Waffeldecken, Bettvorleger, Tischdecken, Teppiche, Polstermöbel, Tischdecken, gepanzerter Räder sehr vortheilhaft.
Drancienstr. 47, Fahrrad-Artikel en gros. 5332
Pfandleiche Neanderstr. 6.

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“
Montag, den 3. April (2. Osterfeiertag), Mittags 1 Uhr:
Vorstellung in der „Urania“, Taubenstraße Nr. 48-49.
Zur Aufführung gelangt:
Das Land der Fjorde.
Billets à 60 Pf. sind in den Zahlstellen: Otto Klein, Restauration, Kaiser Friedrichstr. 239; Köpfe, Restauration, Karlsplatzstr. 1; Neckeran, Zigarrengeschäft, Hermannstr. 50; Münzer, Restauration, Bergstr. 7; Herrmann, Zigarrengeschäft, Rixdorfstr. 1; Zu, Restauration, Jägerstr. 69, sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. — Die nächste Versammlung des Vereins ist eine **General-Versammlung** und findet am **Dienstag, den 11. April**, statt. Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben in vorstehenden Zahlstellen zu regeln. 232/3

Empfehle den Vereinen und Vereinstagungen meine beiden im Wald gelegenen Restaurants

Pferdebucht

30 Min. vom Bahnhof Köpenick und
Kieckmahl
15 Min. vom Bahnhof Hirschgarten,
Schaubühnenball
W. Magdeburg.

Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren
v. 16, 20, 25 K. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren
9, 12, 15 K.
Regulator 9, 14, 20 K. etc.
G. Wagner
Skaltzerstr. 126, nahe Kottb. Thor,
Reparaturen gut u. schnell.

Neu! Eröffnet! Neu! Bade-Anstalt. Norden

Lortzingstr. 33.
Lichtbäder, Kaffee-Restaurant, Dampf-bäder mit Massage und Packungen, Bädern, Sool-, Nadel-, Klei-bäder etc. Lieferant sämtl. Kranken-tassen. 10402

Fahrräder

verpändelt gewesene, ge-brauchte u. neue erstklassige Damen- u. Herrenräder ver-kauft spottbillig 7156
Concess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Hoffmann-Pianos

neubaut, Erhaben, mit gelb, Lack, in Schwarz, Kaffee, etc. u. s. w. Preis 100 bis 300 Mark, gegen Baill., mit 100 Mark Anzahlung, nach auswärts bef. Durch Aufträgen u. Aual. gratis
Berlin SW. 19, Schlegelstr. 50

Allerlei Anzeigen.

Garten-Lokal
mit 2 Bereindzimmern zu verkaufen.
Rauhenstr. 6. 2322b

GENERAL-Fundbureau.

Für Schankwirthe.
1 großer runder Stammisch, Durch-messer 1,57, billig zu verkaufen.
2376b Petersburgerstr. 76, Laden.

Bereins-Spind zu kaufen gesucht.

Obersten m. Preisangabe. Restaurant
F. Böhner, Rixdorf, Panierstr. 55.

Salzbrüner.

Robel 1899, allerfeinstes deutsches
Fabrikat, muß ich spottbillig verkaufen.
Garantiefchein noch 10 Monate. Lange-straße 34, 1 Tr. links. 54,8

Zum Laubebau!

Gebrauchte und neue Kanthölzer,
Breiter, Laten, Balken, Läger, Fenster,
Dachpappe, spottb. 8, Kottb. Damm 22.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Holzarbeiter.
In der Modellfabrik von
Wähler & Schwab,
Pallastend. 103, haben sämtl-liche Tischler, Drechsler und Möbels-polierer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.
Wiederholte Einigungsversuche waren erfolglos. 78/30
Zuzug fernhalten!
Die Ortöverwaltung.

Stellenangebote.

Mitarbeiterchaft gesucht.
Für ein in einem süddeutschen
Staate demnächst erscheinendes Ge-werkschaftsblatt werden Mitarbeiter
für Redaktionsarbeit u. soziale Gefeg-gebung gesucht. 1343b
Offerten u. T. 10 an die Exp. d. Bl.
Stelmets
(Warmor) verlangt Wilh. Prieß,
Gr. Frankfurterstr. 125. 2327b
Schleifer a. Oniz verl. Branden-burgstrasse 20, part. Deuler u. Ro.
1 Glasschleifer auf Facetten
verlangt Paul Jurek, Dresdener-straße 82/83. 2332b
Buchbinder-Lehrling verlangt
2338b Broderock, Weinbergweg 14.
Fantasieliedern-Arbeiterinnen
und Lehrmädchen verlangt 5432
A. Rohlfeld Nachf., Barnimstr. 41.
Strahlfedern. Tägl. Arbeiterinnen
und Lehrmädchen verl. Kämpfers-straße 104, Hof rechts 1 Tr. 2332b
Blusenhemden. Steppern im
und auöern Hause verlangt Kämpfer,
Guldbirnerstr. 80, Hof links. 2330b
Geistlicher-Arbeiterin
auf bessere, auöern Hause, verlangt
Dumack, Friedenstr. 96. 2333b
Mädchen, unter 16 Jahren, verl.
Gübner, Marktstr. 5. 2331b

Maßnahmen gegen den Bodenvucher in China!

Eine der schlimmsten Formen der Ausbeutung, unter der die arbeitende Bevölkerung zu leiden hat, ist der Bodenvucher, der namentlich in den Großstädten seine üppigsten Blüten treibt.

Eine Grenze für die Miethsteigerungen und damit für die Preissteigerung des Grund und Bodens ist immer nur in der augenblicklichen Konjunktur, im Verhältnis der vorhandenen bewohnbaren Wohnungen zur Nachfrage gegeben.

Man sollte meinen, daß die Schäden des Bodenvuchers so offensichtlich zu Tage liegen, und daß die regierenden Kreise so gar kein Interesse an seiner Aufrechterhaltung haben.

Wir haben zur Klugheit unserer uns von Gott gesetzten Obrigkeit noch nie ein besonderes Vertrauen gehabt; sollten sie aber so beschränkt sein, diese auf der Hand liegenden Verhältnisse nicht zu erkennen, oder so einseitig, Maßregeln hiergegen nicht aufzufinden zu können?

solche Buchergewinne zukommen zu lassen. Es wurde daher sofort am Tage der deutschen Besitzergreifung ein provisorisches Verbot des Verkaufs von Grund und Boden erlassen.

Freilich würde der Bodenvucher gegenüber den Privatleuten hierdurch nur wenig berührt werden; denn die Regierung verkauft das von den Chinesen billig erworbene Land, soweit sie es nicht für öffentliche Zwecke bezieht, wieder weiter an Privatleute.

Auf die Hoffnungen, welche über das Aufblühen von Kiautschou gehegt werden, wollen wir hier nicht eingehen. Unsere Zweifel daran können uns nicht hindern, zuzugeben, daß die für Landverkäufe dort aufgestellten Verwaltungsgrundzüge ganz vernünftig sind.

sie doch Fleisch von dem Fleische unserer herrschenden Klassen und Blut von ihrem Blute. Sie würden deswegen sehr bald aus dem geliebten deutschen Mutterlande Freiheit und Brämen für den Besitzenden, Knechtschaft und Jochthum für den Arbeiter über das Meer bringen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß) Berlin ist soeben das 27. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Keine Männer - Bernstein und die materialistische Geschichtsauffassung.

Die Sozialistischen Monatshefte (Berlin W., Weststr. 23) haben soeben das 3. Heft ihres IV. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum Gedächtnis der Pariser Kommune.

Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus. Stuttgart, Dieß - Arbeiter-Sekretariat, München. Erster Jahresbericht für 1898. München. Ernst - Alexander, Medizinalreform. Berlin, Verlag von Göschen.

Von der Reise zurück. Dr. Paul Cohnheim

Spezialarzt für Magen- und Darmleiden, jahrelang 1. Assistenzarzt von Herrn Dr. J. Boas, Berlin C., Rosenthalerstrasse 41, Ecke Hackescher Markt, 4-6, Sonnt. 9-11, früher Königsbergerstr. 22. 54/7

„It zur Durchführung des Sozialismus die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei notwendig?“

Zwei Serien-Abdrücke aus den Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus, zusammengestellt und herausgegeben von A. Peenert, Kaufmann.

Preis 30 Pf. Zu beziehen durch die Buchhandlungen und Kolportage und gegen Einsendung von 35 Pf. Briefmarken direkt vom Verfasser Leipzig-Conventstr.

Verständet gewesene Uhren goldene, silberne, Damen- u. Herren - Remontoir - Uhren mit feinsten Werken mit zweijähriger Garantie.

Schöneberg. Die Partisipations des „Vorwärts“, sowie Lieferung sämtlicher Partieliteratur befindet sich jetzt Apostel Paulusstr. 13 Durchgeh. hochpar.

Hans Kayser Göttinger Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. Olga Jacobson, Annalidenstr. 145.

Theilzahlung monatlich 10 Mk. elegante Herren-Garderobe nach Maß (auch nach Rasse, billige Preise). Temprowski, Schneidemeister, Straßenerstr. 50, Laden. Sonnt. 5. Kreis-Reinhardtstr. 16, 2 Tr. 1314

Advertisement for Fabrik-Versand und Kaufhaus Jacques Raphaëli Inh. Th. Büsing. Features clothing (Herren-Anzüge, Sommer-Paletots, Herren-Beinkleider), shoes (Schuhwaren), and cigars (Cigarren). Includes prices and contact information for Berlin C., Spandauer-Brücke 2.

Nonn- u. Verlags von 8-10 u. 12-2 geöffnet.



Warenhaus Wilhelm Stein



Chaussee-Str. 66. BERLIN, N. Chaussee-Str. 66.

Zagesangebot für Mittwoch, den 29., Donnerstag, den 30. März und Sonnabend, den 1. April.

Abteilung Herren - Artikel:

Stehkragen in 8 Façons, rein Leinen 4fach . . . 20 Pf.
Stehkragen m. angebog. Ecken, rein Leinen 4fach . . . a 55, 45, 40 u. 30 Pf.
Stehkragen m. umgelegt. Ecken rein Leinen 4fach . . . a 55, 45, 40 u. 30 Pf.
Umlegekragen rein Leinen 4fach . . . 45 u. 25 Pf.
Manschetten rein Leinen 4fach . . . 70 u. 45 Pf.
Manschetten mit Lasche, rein Leinen 4fach . . . 80 Pf.

Oberhemden glatt 40, 275 u. 185 Pf.
Oberhemden Piquéfalt 400 Pf.
Oberhemden gestickt . . . 475, 400, 300 u. 265 Pf.
Bunte Percal-Faltenhemden . . . 300 u. 275 Pf.
Serviteurs glatt und gestickt, neueste Façon von 50 bis 130 Pf.
Schleifen Seide mit Seidenfutter 45 Pf.
Selbstbinder und Regattes 45 Pf.
Elegante Selbstbinder Seide mit Seidenfutter 90 Pf.
Elegante Regattes Seide mit Seidenfutter . . 95 Pf.
Matrosen-Kragen von 45 bis 150 Pf.

Cylinderhüte neueste Form 440 bis 1350 Pf.
Weiche Herrenhüte in grau und schwarz rein Haarfilz 475 Pf.
Karte Herrenhüte schwarz, rein Haarfilz, engl. Form . 900, 600, 575 Pf.
Weiche Filzhüte schwarz und farbig 300, 240 u. 175 Pf.
Kinder-Filzhüte mit Stutz in allen Farben . . . 95 Pf.
Süd-Wester weiss, blau, rot 125 Pf.
Matrosenmützen für Knaben u. Mädchen von 25 bis 300 Pf.

Herren- und Knaben-Sweater
 dazu genau passende Radfahrerstrümpfe
 in reichhaltigster Auswahl.
Sportmützen. **Stöcke.**

Herren- und Knaben-Touristen-Kemden
Bunte Sportserviteurs
 in modernsten Farben.

Abteilung Glacé-Handschuhe

Damen-Glacé-Handschuhe farbig, 4 Knopf Paar 160 Pf.
Damen-Glacé-Handschuhe farbig, 2 Druckknopf. Elegante Ausstattung, Ersatz für Ziegenleder Paar 195 Pf.

Herren-Stepper Paar 145 Pf.
Herren-Glacé-Handschuhe 2 Druckknopf Paar 220 Pf.

Möbel, Wohnungs-Einrichtungen auf Credit bei bescheidener Anzahlung u. auf Jahre
 theilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. (7368)
Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

Verkauf frisch gef. schw. pers. und finn. Fleisches.
 Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf. an,
 Schweinefleisch 40 Pf. (558L)
 Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
 Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:

Viel Geld * * *
*** * sparen Sie**
 in Ihrem Haushalt durch ständige Verwendung von den ärztlich empfohlenen
Saccharin-Tabletten
 (Fahlberg, List & Co. in Salbke-Westerhüsen a. E.)
 dem besten, billigsten u. gesündesten Süsstoff
 Der Ersatz von **1 Pfund Zucker**
 kostet nur
! 10-12 Pfennige !
 Zu haben in allen durch Saccharin-Plakate kenntlichen Drogen-, Kolonial- und Materialwaren-Handlungen.
 General-Vertreter **Wilh. Bröckel**, Berlin N., Sollerstrasse 14; Hauptniederlage **R. Ehrmann**, Berlin SW., Solmsstrasse 24.

Möbel-Fabrik
 und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
 von **Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO.**
Skalitzer-Strasse No. 6, am Rottbuser Thor.
 Permanente Ausstellung für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen stehen jederzeit zur Besichtigung bereit; auch werden dieselben in eigener Werkstatt im Sinne nach Wunsch und Zeichnung in kürzester Zeit angefertigt.
Für helles und trockenes Material leichte Garantie.

Kein Laden!
 Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Filz- und Seidenhüten, Schirmen
 in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Anflamerstr. 41,
 zweites Haus von der Brunnenkante. Eingang vom Hanslark.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Eröffnet
Hutlager M. 3.15.
 Spezialität: Englische und deutsche Fabrikate.
 Filialen in den größten Städten Deutschlands.
Ein Blick 133/15
 auf das Schaufenster genügt, um sich von meiner Leistungsfähigkeit zu überzeugen.
A. Rosenblum, Friedrichstr. 91/92.

J. Brünn,
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
 Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner
Teppiche
Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Tischdecken!
 zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!! 6000*

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit.
 Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (11640)
Franz Tutsauer, Brunnenstraße 152.

Das
Teppich-Engros-Haus
Hermann Bursch, Königstraße 50, I. Etage,
 gegenüber dem Rathhause.
 empfiehlt zum bevorstehenden Umzuge seine bedeutenden reich sortierten Engros-Lager in
Teppichen, Portièren, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüsch.
 Der Verkauf an das Privatpublikum erfolgt
zu festen wirklichen Engros-Preisen.
 Aussergewöhnlich günstiges Kaufangebot.
Sonntags geöffnet!

Anzüge nach Maß für Herren- und Knaben
 Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Valetots, Anzüge, Reifleder etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneidegeschäft
 bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
Möbel,
 Spiegel u. Polsterwaren recht zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermstr. Rixdorf, Richard-Strasse 116, am Denmal. (10000*)

Das beste und im Gebrauch
 billigste und bequemste
Waschmittel der Welt
 ist **Dr. Thompson's Seifenpulver**